

ÜBERSETZUNGSVORSCHLAG

Geehrte Richterschaft,

meine Verteidigung möchte ich in respektvollem Gedenken an die Märtyrer aller Revolutionen, des Kommunismus und insbesondere in Gedenken an die Märtyrer des internationalen Proletariats, die gegen den Imperialismus und den Weltreaktionismus gekämpft haben, einleiten.

Einleitend möchte ich – auch wenn nur kurz – meine Auffassung zu manchen in der Anklage verdrehten Darstellungen darlegen. Dies beinhaltet auch gleichzeitig deren Richtigstellung.

IBRAHIM KAYPAKKAYA WURDE DURCH FOLTER ERMORDET!

In der Anklage heißt es wie folgt: Die TKP/ML wurde im April 1972 unter der Führung des Ibrahim Kaypakkaya gegründet. Kaypakkaya verstarb ein Jahr später in einem türkischen Gefängnis.

Dies ist auch die Behauptung der faschistischen Militärjunta des 12. März 1971 und ihrer Folterknechte! Ibrahim Kaypakkaya wurde bei einem Gefecht mit den militaristischen Kräften des faschistischen türkischen Staates in Dersim verwundet und festgenommen. Er wurde durch monatelang andauernde Folter ermordet. Wenn in der Türkei von Folterkammern und dem Widerstand in den Folterkammern gesprochen wird, so ist Ibrahim Kaypakkaya einer der ersten kommunistischen, revolutionären Führer, der einem in den Sinn kommt. Der Umstand, dass der Gründer der TKP/ML durch Folter ermordet wurde, ist der patriotischen, fortschrittlichen, revolutionären und sensibilisierten Öffentlichkeit bekannt. Mittlerweile ist es auch so, dass ein Teil der Repräsentanten der herrschenden und der militaristischen Kräfte – wenn auch nicht offiziell – diese Realität akzeptiert. Auch wurden in der Türkei Bücher und Artikel verfasst und publiziert, die den heldenhaften Widerstand des Ibrahim Kaypakkaya gegen die folternden Mörder schildern.

Diese Tatsache steht für revolutionäre Kräfte und die fortschrittliche Öffentlichkeit in der Türkei und in dem türkischen Teil Kurdistans nicht zur Diskussion. Es sollte nicht die Aufgabe der Bundesjustiz sein, den Versuch zu unternehmen, einen Sachverhalt -der so offenkundig ist, verändert bzw. verfälscht darzustellen. Das ist Geschichte und Geschichte basiert auf Erlebtem und das Erlebte ist real! In jeder Phase der Geschichte versuchten die herrschenden Klassen, statt der Realität zu dienen, diese zu verdrehen. Aber die Realität ist hartnäckig und enttarnt jede Art der Verdrehung.

Der Umstand, dass die Bundesanwaltschaft diese Realität geheim hält, bedeutet die Legitimation der Folter, die ein Verbrechen an der Menschlichkeit darstellt. Der Kampf gegen Folter kann nicht durch ihre Verschleierung, sondern nur durch ihre Aufdeckung – unter allen Umständen – geführt werden. Die Todesumstände des durch Folter

ermordeten Kaypakkayas mit den Worten „verstarb im Gefängnis“ wiederzugeben, ist objektiv gesehen eine Unterstützung der bis heute andauernden Politik des Mordens durch Folter des faschistischen türkischen Staates gegen die fortschrittlichen Kräfte, zumal ein Teil dieser Vorfälle auch durch die Justiz bestätigt wurde. Wir führen hier nicht auf der Grundlage irgendwelcher persönlicher Ansichten Diskussionen, sondern weisen darauf hin, dass die vorgebrachte konkrete Behauptung nicht mit den Fakten nicht übereinstimmt. Wenn wir unmenschliche Politik - unabhängig davon, wer diese praktiziert - als Verbrechen an der Menschlichkeit bezeichnen, so muss auch unsere praktische Haltung unseren Worten entsprechen.

Aber objektiv ist zu sehen, dass die Bundesanwaltschaft nicht mit der Herausarbeitung der Fakten, sondern mit Verdrehungen angefangen hat. Folgendes ist offenkundig: Mit den Argumenten der Militärjunta bringt man die Wahrheit nicht ans Tageslicht. Ganz im Gegenteil: Man solidarisiert sich mit den Urteilen der Ausnahmezustandsgerichte der Junta. Das wiederum wird üblicherweise als „Klassensolidarität“ definiert. Die Grundlage dieser Solidarität bildet der Kampf gegen die Wahrheit. Wenn die Bundesanwaltschaft eine andere Einstellung haben sollte, dann müsste dieser Umstand berichtigt und eine mit der Realität übereinstimmende Haltung eingenommen werden. Zweifellos werden Sie diejenigen sein, die darüber entscheiden. Wenn Sie die richtige Entscheidung treffen, verfallen Sie nicht in eine Polemik, die Sie von Anfang an verloren haben.

Der Gründer und Vorsitzende der TKP/ML Kaypakkaya ist bereits als Kommunist, der in den Folterkammern „sein Leben gelassen, aber kein Geheimnis preisgegeben hat“, in die Geschichte eingegangen. Kein Urteil der Justiz kann dieser Realität etwas anhaben. Er ist eine Fackel, die in der tiefsten Dunkelheit leuchtet. Der Umstand, dass er durch Folter ermordet wurde, ist so klar, wie das Leuchten der Fackel!

DER SOPHISMUS VOM „MORDEN ALS ZIEL“

Die Vorwürfe in der Anklage gegen meine Person lauten wie folgt: „...er wird dringend verdächtig in einer ausländischen Organisation, deren Ziele und Aktivitäten auf das Morden und Töten ausgerichtet sind, als Rädelsführer Mitglied gewesen zu sein.“

Ich werde zu den Vorwürfen gegen meine Person keine Erklärung abgeben. Allerdings sehe ich das Erfordernis, zu der oben genannten Behauptung einige Bemerkungen zu machen: Anstatt, dass die Bundesanwaltschaft die Ziele und Absichten der TKP/ML den Dokumenten der TKP/ML entnimmt, erschafft sie, gestützt auf die diffamierende Propaganda der imperialistischen Bourgeoisie und ihrer Kollaborateure ein pechschwarzes Bild. Folgendes soll in aller Deutlichkeit hervorgehoben werden: Keine revolutionäre und kommunistische Bewegung hat das Ziel „zu töten“. Ja, die geschichtlichen Erfahrungen haben gezeigt, dass der politische Machtkampf die revolutionäre Gewalt beinhaltet. Nicht die Revolutionäre und die Kommunisten sind die Urheber dieser, sondern die konterrevolutionäre Gewalt des imperialistischen kapitalistischen Systems und ihre maßlose Ausbeutung. Überall dort, wo es Unterdrückung, Ausbeutung und Tyrannei gibt, existiert das Recht auf Widerstand.

Dieser Widerstand ist gerecht und legitim. Diesen als "Terrorismus" zu definieren ist nichts anderes, als die Bestrebung den betriebenen und praktizierten Staatsterror zu verschleiern.

Unsere Aussagen sind nicht abstrakt, sondern konkret. Wir müssen nicht in die Tiefen der Geschichte eintauchen, es reicht, wenn wir uns dem 20. und dem ersten Viertel des 21. Jahrhunderts widmen. Wir wissen, dass die Imperialisten und ihre Kollaborateure die Ursache für den Tod von Hunderttausenden von Menschen gesetzt haben. Selbstverständlich können die Augen der Schuldigen diese Tatsachen nicht sehen. Selbst, wenn sie diese nicht sehen, werden sie sich der Realität nicht entziehen können, dass ohne Zögern Millionen von Menschen für die Interessen der imperialistischen Monopole geopfert werden. Jeder, der ein Gewissen hat, wird sehen, dass in Wirklichkeit nicht die Revolutionäre oder Sozialisten, sondern die Imperialisten und ihre Mittäter morden. Das ist die Realität. Die eigentlichen Leidgetragenen, der von den Imperialisten und vom Weltreaktionismus weltweit und regional geführten Kriege, sind die unterdrückten Völker dieser Welt. Die Sozialisten und Revolutionäre sind diejenigen, die für ihre Befreiung kämpfen.

Angebracht wäre es, den türkischen Staat, mit dem die Bundesanwaltschaft im Rahmen unserer Inhaftierungen Informationsaustausch betrieben hat, als Mörderstaat zu definieren. Einer der Unterstützer und Organisatoren der mordenden IS-Horde, die den Nahen Osten in eine Blutlache verwandelt hat und ihre Aktionen nach Mitteleuropa trägt, ist der türkische Staat. Die Detonation der Bomben an den düsteren Körpern dieser geistig Verblendeten haben in den kurdischen Regionen Amed und Suruç das Leben Dutzender Menschen, Patrioten, Revolutionäre und Demokraten gekostet. Ebenso in Ankara und Istanbul/Sultanahmet, wovon auch deutsche Touristen betroffen waren. Nun, wer hat den IS unterstützt, als dieser Kobane angegriffen hat? Natürlich der faschistische türkische Staat! Der Aussage von Tayyip Erdoğan, „Kobane fällt, wird fallen“, kann man entnehmen, dass es in der Gesinnung des IS und der von Erdoğan im Grunde genommen keine Differenzen gibt. Möchten Sie Staaten und Organisationen sehen, deren Ziel das Töten ist? Hier haben Sie den Mörderstaat und eine Mörderbande. Möchten Sie Beweismittel? Es gibt Tausende und Abertausende unschuldiger Menschen, die unter der Erde ruhen. Aber anstatt, dass Deutschland dieses Bild sieht, inhaftiert es Patrioten, Revolutionäre und Sozialisten, die dagegen kämpfen. Kurzum inhaftiert es auch diejenigen, die gegen den IS kämpfen und es wird versucht, deren gerechten und legitimen Kampf auf das Niveau „mordender konterrevolutionärer Banden“ herabzusetzen. Es ist offensichtlich, dass damit kein Erfolg erzielt werden wird. Ein Blick auf die Geschichte reicht aus, um dies zu erkennen.

Die Anklage behauptet, die TKP/ML würde seit Jahren in Westeuropa und insbesondere in Deutschland Aktivitäten entfalten. Hat denn die TKP/ML eine Praxis, die der von der Bundesanwaltschaft beschriebenen „Ziel der Organisation“ entspricht?

Stellen wir doch die Frage wie folgt: Was ist das Ergebnis der Recherchen in Westeuropa? Welche Beweismittel können Sie dazu vorlegen? Natürlich gar keine! Mit abstrakten Behauptungen können Sie keine handfesten Ergebnisse erzielen. Sie können

höchstens nach Klassenreflexen agieren und uns unberechtigterweise festnehmen, was Sie ja bereits getan haben. Der Umstand, dass Sie uns inhaftiert haben oder gar „verurteilen“ werden, bedeutet nicht, dass Sie im Recht sind. Im Gegenteil es vertieft den Umstand, dass Sie ungerecht sind.

Das prinzipielle Ziel einer revolutionären oder kommunistischen Partei, die gegen unrechtmäßige Kriege und maßlose Ausbeutung ist, die für die demokratischen Rechte und Freiheiten kämpft und sich für das Selbstbestimmungsrecht der Völker einsetzt, kann nicht „das Begehen von Morden“ sein.

VORWURF DER „AUSLÄNDISCHEN TERRORORGANISATION“

Die Strafvorschriften, die die deutsche imperialistische Bourgeoise jetzt als Grundlage für unser Verfahren nimmt, unterscheiden sich nicht von den Strafvorschriften, die schon immer in Verfahren gegen Oppositionelle zugrunde gelegt wurden. Vom Hitlerfaschismus zu reden ist nicht erforderlich. Es war eine zu verhängnisvolle Ära. Den Paragraphen 129, den Gegebenheiten entsprechend um Absätze zu erweitern, ändert nichts an dem Charakter dieses Paragraphen.

Von der Charakteristik her sind alle diese Gesetze antidemokratisch. Schließlich bildeten diese Gesetze nach dem 2. Weltkrieg die Grundlage für den Kampf gegen die Revolutionäre und Sozialisten. Der Staat ist unantastbar! Der Staat ist nicht in Frage zu stellen! Dieser Paragraph ist nur ein Instrument, der die Grundlage für die Angriffe auf die sozialistischen und demokratischen Kräfte, die sich für die Erweiterung der Rechte und Freiheiten einsetzen und den autoritären-konservativen deutschen Staat in Frage stellen bzw. sich gegen diese Autorität wehren, bildet. Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die §§ 129 und 129a das Produkt dieser antidemokratischen Geisteshaltung sind, allerdings wurden mit dem § 129b die Grenzen des Staatsterrors noch weiter erweitert.

Richtiger ist es, wenn man diese Situation wie folgt beschreibt: Mit diesem Paragraphen hat die imperialistische Bourgeoisie die gesetzliche Grundlage für ihre schon immer auf internationaler Ebene geführte konterrevolutionäre Politik geschaffen.

Auch wenn in Deutschland keinerlei Aktivitäten betrieben wurden, kann jeder Sozialist, jeder Revolutionär, der in Deutschland um Asyl ersucht hat, so wie wir, gestützt auf diesen Paragraphen mit dem Vorwurf der „Mitgliedschaft in einer ausländischen terroristischen Vereinigung“ auf die Anklagebank gesetzt werden. Wenn wir uns den Inhalt der Anklage ansehen, so sehen wir, dass alle Vorwürfe einen Türkei-Bezug haben, besser gesagt, man hat die Behauptungen des türkischen Staates als Basis für die Zusammenstellung der Verfahrensakte verwendet.

Sicher ist es noch erinnerlich, dass die Imperialisten und ihre Kollaborateure, insbesondere nach dem 11. September 2001, den Terrorismusdiskurs zu einem globalen Phänomen gemacht haben. Die imperialistische Bourgeoisie, in diesem Falle die USA, hat unter dem Deckmantel der „internationalen Terrorbekämpfung“ und unter

Anwendung von Staatsterror, die Mitglieder des von ihr selbst erschaffenen islamistischen Terrors nach Guantanamo gebracht und verurteilt. Die in Guantanamo praktizierten unmenschlichen Behandlungen muss jeder, der das Problem objektiv betrachtet, anerkennen.

Die deutsche imperialistische Bourgeoisie hingegen nimmt nach wie vor nicht an internationalen Operationen teil, die diese Form von Inhaftierungen beinhalten. Hinzukommt, dass Deutschland, gestützt auf das internationale Recht, Flüchtlingen, die aus politischen Gründen hierher kommen, Asyl gewährt. Aber auf der anderen Seite, werden wir, wie an unserem Beispiel zu sehen ist, aufgrund der Behauptung, gegen den türkischen Staat zu kämpfen, verhaftet. Man wirft einen Stein und trifft mehrere Vögel. Die Realität, die man dieser Situation entnehmen kann, ist die Tatsache, dass der deutsche Staat und seine Justiz diesen Prozess auf der Grundlage von Feindstrafrecht führen. Das in diesem Verfahren vorgebrachte Hauptargument ist die Demagogie des „Terrorismus“. In diesem Zusammenhang ist es erforderlich zu erörtern, wer tatsächlich Terror praktiziert und entsprechende Ausführungen zur Entwicklung des 11. September 2001 und der Folgezeit zu machen. Wenn wir die Geschichte betrachten, so werden wir sehen, dass die imperialistischen Mächte, insbesondere der US-Imperialismus, ihre Lügenmaschinerien in Bewegung gesetzt haben, um ihre Völker gegen die sowjetische „Bedrohung“ in Angst und Schrecken zu versetzen. Damit verfolgten sie zwei Ziele: Das eine Ziel bestand darin, die antikommunistische Gesinnung innerhalb der Gesellschaft zu verbreiten und das andere Ziel war, mit der Verbreitung der Phrase „Gefahr von außen“ die nationalistischen Gefühle innerhalb der Massen lebendig zu halten! Zusammenfassend kann gesagt werden, dass das Bewusstsein der Weltvölker getrübt und zu einem Satelliten des imperialistischen Kapitals gemacht wurde.

Und jetzt wird jeder gerechte und legitime Kampf, der sich gegen die Imperialisten und ihre Kollaborateure entwickelt, mit Sophismen der „Gefahr“ und des „Terrorismus“ abgestempelt. Das heißt, alles, was den herrschenden Klassen nicht passt, ist Terrorismus. Deshalb haben sie zunächst mit dem Begriff des „Terrorismus“ innerhalb der Massen eine Welle der Angst erschaffen und haben dann im Schatten dieser Welle - für die imperialistischen Profite - Kriege gegen die Weltvölker begonnen und beginnen sie weiterhin. Erinnern Sie sich: Die Taliban-Bewegung und die Bin Ladens in Afghanistan sind zu den Säulen des Projektes „Grüner Gürtel“, den der US-Imperialismus dort gegen die russische Besatzung aufbauen wollte, geworden. Die damaligen „Freiheitskämpfer“ der Imperialisten haben sich zu Terrororganisationen formiert, die heute von diesen bekämpft werden. Hier gibt es nichts, worüber man sich wundern müsste.

Heucheleien und Lügen gehören zu den Grundeigenschaften der imperialistischen Bourgeoisie. Die Faschisten sagten schon immer Folgendes:Die Menschen können immer so gesteuert werden, dass sie ihren Führern folgen. Das ist einfach. Wir müssen ihnen nur sagen, dass sie einem Angriff ausgesetzt sind und die Pazifisten im Land mit fehlendem Nationalismus und damit, eine Gefahr für das Land zu sein, beschuldigen.“

Das ist genau das, was man heute umzusetzen versucht. Erinnern Sie sich: Eine Zeit lang war ununterbrochen die Rede von den chemischen Waffen des Diktators Saddam

Hussein. Nun stellen wir folgende berechnete Frage: Wo sind die chemischen Waffen des vom Imperialismus erschaffenen Diktators Saddam Hussein? Man hat sie bis heute nicht gefunden. Aber die Imperialisten haben mit dieser Lüge ein ganzes Land zerstört. Hunderttausende von Menschen wurden ermordet. Mindestens genauso viele mussten ihre Heimat verlassen. Tod und Armut gehören jetzt zum Alltag des irakischen Volkes. Richtig, Saddam war ein Diktator und er hat das irakische Volk dem Staatsterror ausgesetzt, aber die imperialistischen Kräfte haben dem irakischen Volk keine Freiheit, sondern noch mehr Tote und noch mehr Vertreibung gebracht. Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Devise der Imperialisten lautet: Zunächst Grauen schaffen, um Angst zu schüren und um die Massen zu verunsichern, um dann anschließend bei den Vereinten Nationen für die Profite der imperialistischen Kräfte die Besatzungsbeschlüsse einzuholen.

Um die Inhalte der Beschlüsse der Vereinten Nationen und die „Terrorismus-Lüge“ in Ansätzen zu verstehen, ist es von Nutzen, wenn ich aus der Rede der Argentinischen Staatpräsidentin, Cristina Fernandez, die sie im Jahr 2014 vor dem UN-Sicherheitsrat der Vereinten Nationen gehalten hat und die auch in der türkischen Presse wiedergegeben wurde, Auszüge zitiere. Diese Worte sind geständnisgleich, aus ihnen lässt sich erkennen, wer die eigentlichen Terroristen sind.

„In unserer letzten Versammlung haben sie das Assad-Regime als terroristisch definiert. Die Gegner wurden von Ihnen als Revolutionäre eingestuft und unterstützt. Nun führen Sie einen Krieg gegen die radikalen Islamisten, die Sie gestern unterstützt haben.

Die Hisbollah wurde von Ihnen auf die Terroristen gesetzt, später hat sich dann aber herausgestellt, dass es sich um eine respektable Organisation handelt, die im Libanon eine weitreichende Basis hat. Bei dem Bombenschlag 1994 auf das israelische Konsulat in Buenos Aires haben sie nach der Beteiligung des Irans gesucht. Es hat sich gezeigt, dass es keine Beteiligung gab. Nach dem 11. September haben Sie unter dem Vorwand der Bekämpfung des „Al-Kaida Terrors“ in Afghanistan und im Irak einen Krieg eröffnet. Diese Länder erleben jetzt die schlimmste Situation auf der Welt. Mit dem von Ihnen eingeleiteten arabischen Frühling in Tunesien, Libyen und Ägypten haben Sie - höchstpersönlich - die radikalen Islamisten an die Macht gebracht und die dortigen Menschen ihrer Rechte beraubt. Bei dem letzten Angriff Israels auf Gaza gab es eine regelrechte Massakrierung und Zerstörung. Statt dies anzuerkennen, sehen Sie nur die wirkungslosen Raketen, die von Gaza auf Israel abgefeuert werden. Heute haben wir uns hier versammelt, um als Vereinte Nationen eine, den IS betreffende Entscheidung, zu treffen. Dabei sieht jeder, dass der IS unter der Beobachtung mancher Länder, die Mitglieder des Sicherheitsrates sind, gegründet und genährt wurde. Wer kann die Spuren der Waffen des IS und von Al-Kaida nachverfolgen? Die großen Mächte können mit Leichtigkeit die Begriffe Freund und Feind austauschen. Die Terroristen können Freunde sein, Freunde können aber auch Terroristen werden. Sie haben im Nahen Osten ein Terrormonster erschaffen und jetzt ist dieses Monster Ihrer Kontrolle entglitten!“

Ja, die Aussagen oben geben in hohem Maße den Kern der Wahrheit wieder. Nun behaupten die imperialistischen Kräfte, insbesondere der US-Imperialismus, dass sie gegen den IS-Terror kämpfen. Dabei ist es objektiv gesehen so, wie auch oben geschildert, dass die imperialistischen Kräfte mit dem Projekt „Grüner Gürtel“ im Nahen Osten, deren eigentliches Ziel die Bekämpfung des Kommunismus war, die Ersten waren, die für die radikalen islamistischen Vereinigungen ein Zuhause erschaffen haben. Selbstverständlich sind auch dort die Voraussetzungen für die Entstehung derartiger Organisationen vorhanden. Jeder Nichtmoslem ist ein Ungläubiger und das Töten Ungläubiger ist kein Verbrechen. Die Denkweise „Gläubigen gegenüber Güte, Ungläubigen gegenüber Gewalt“ hat die Basis für das Erstarren konterrevolutionärer fundamentalistischer Organisationen, wie Al Kaida und dem IS, geschaffen.

Die Klassenfeindschaft der Imperialisten in diesem Gebiet und die damit verbundene Aggression, die gegen das Projekt für ein freieres und menschlicheres Leben gerichtet war, führte zur Entstehung von Mordbanden wie dieser, deren Gesinnung der Gesinnung des Mittelalters entspricht.

Die Aussagen auf dem G20-Gipfel bezüglich der „Bekämpfung des IS“ können nur dann ernst genommen werden, wenn sie die eigene Rolle bei der Entstehung dieser konterrevolutionären Kräfte einräumen würden. Aber wie man sieht, scheuen sich die Imperialisten und die faschistischen und reaktionären Staaten in der Region, diese Verantwortung zu übernehmen. Dabei spielen die imperialistischen Besatzungen, die maßlose Ausbeutung und die Politik der Vertiefung der konfessionellen Widersprüche eine große Rolle beim Erstarren des IS.

Niemand kann diese Realität leugnen. Noch gravierender ist der Umstand, dass diese kontrarevolutionären Organisationen von Ländern wie Saudi-Arabien, Katar und Türkei unterstützt wurden. Die Türkei hat die Gegner des Assad-Regimes regelrecht beherbergt. Genauso verhält es sich mit der finanziellen Unterstützung der Kräfte des IS und ähnlicher Organisationen durch Saudi-Arabien. Das ist der gesamten Welt bekannt. Diese genannten Länder sind die treuesten Verbündeten des US-Imperialismus im Nahen Osten. Die Dimension der politisch-wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem faschistischen türkischen Staat und Deutschland sind auch bekannt. Geschweige denn, dass die deutsche imperialistische Bourgeoisie aufgrund der Unterstützung des IS durch die Türkei die gesamten wirtschaftlichen Beziehungen hätte abbrechen müssen, vielmehr hat sie noch nicht einmal eine diplomatische Reaktion zeigen können. Schließlich haben sie gemeinsame Klasseninteressen und im Vordergrund stehen nicht die menschlichen Werte, sondern die imperialistischen Interessen. Selbstverständlich existiert in der europäischen Öffentlichkeit eine berechtigte Reaktion auf die barbarischen Angriffe der Mörderhorde des IS. Diese Reaktion führt bei den Vertretern der herrschenden Klassen zu einem gewissen Druck. Wenn man dann noch die jeweiligen wirtschaftlichen Interessen dieser Region dazu nimmt, so muss die Angriffspolitik auf der Tagesordnung stehen.

Ein Krieg gegen den IS ist nur möglich, wenn man eine Haltung gegen den türkischen faschistischen Staat, gegen die reaktionären Saudis einnimmt und ihre Mittäterschaft

offenlegt. Aber, um das machen zu können, müsste man die laizistisch-demokratische Tradition im wahrsten Sinne des Wortes verinnerlicht haben.

In erster Linie sind die Imperialisten und die faschistisch-reaktionären Staaten die Verursacher des Blutbades im Nahen Osten. Diejenigen, die zu der Besetzung des Iraks applaudiert haben, haben die Basis für die Entstehung fundamentalistisch-kontrarevolutionärer Kräfte, wie die des IS, geschaffen.

Die Völker gegeneinander aufzubringen, in dem man sich nationaler, religiöser und konfessioneller Widersprüche bedient und diese schürt, das heißt die Anwendung der „Teile und Herrsche“-Politik, ist eine der typischen Eigenschaften der imperialistischen Bourgeoisie.

Der sunnitisch-schiitische Konflikt im Irak führte zur Unterstützung des IS durch die sunnitische Glaubengemeinschaft. Viele faschistische und reaktionäre Regierungen – in erster Linie der Staatspräsident des faschistischen türkischen Staates, Erdoğan, – haben, indem sie sich dieser Widersprüche bedienten, den Weg für die Vertiefung der bestehenden Spaltung innerhalb der Völker geebnet. Es ist die Wahrheit, dass die internationale imperialistische Bourgeoisie diese Angriffe vom 11. September 2001 – auch wenn es unterschiedliche Meinungen zu Akteuren und Zielen dieser Anschläge gibt – zum Anlass genommen hat, um gegen die unterdrückten Völker der Welt und ihre klassenbewussten Organisationen vorzugehen.

Der § 129b, der in Deutschland eingeführt wurde, ist das Produkt dieser Geisteshaltung. Er ist nur das rechtliche Werkzeug in ihrer Hand. Vorwände wie das Bestehen einer „Gefahr für die innere Sicherheit“ und „Verbote“ von Vereinigungen sind nicht mehr erforderlich. Revolutionäre, Sozialisten und Patrioten können von den entsprechenden deutschen Institutionen (dem Justizministerium, der Bundesanwaltschaft und der Justiz) – wie man es in unserem Fall sehen kann – mit konstruierten Begründungen auf die Anklagebank gesetzt werden, indem man sie zu „Terroristen“ erklärt.

In dieser Situation ist es unser Recht, unabhängig von den erhobenen Vorwürfen, folgende Fragen zu stellen:

1. Gab es seitens der TKP/ML Gewaltbestrebungen, die die innere Sicherheit Deutschlands gefährdeten oder gefährden? Können Sie das konkretisieren? Nein, das können Sie nicht, denn auch nach den Ermittlungsergebnissen der Bundesanwaltschaft gab es weder in Deutschland noch in anderen europäischen Ländern derartige Bestrebungen.
2. Wurden – bis zu unserem Verfahren – die Aktivitäten der TKP/ML in Deutschland jemals verboten oder Personen deshalb strafrechtlich verfolgt, befindet sich die Organisation auf irgendeiner der sogenannten Terrorlisten? Auch das muss verneint werden. Auch konnte die TKP/ML sich sogar mit ihren Fahnen an Demonstrationen beteiligen, ohne dass die Sicherheitskräfte eingeschritten worden wären. Personen, die angegeben haben, als Mitglieder der TKP/ML in der Türkei verfolgt zu werden, erhalten

seit den 1980er Jahren Asyl in Deutschland. In diesem Zusammenhang kann man nur gesagt: „Guten Morgen, meine Damen und Herren.“ Sie sagen selber, dass die TKP/ML seit Jahren in Westeuropa im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben ihre Aktivitäten durchführt. Denn die TKP/ML ist ihrer Satzung entsprechend Teil des internationalen Proletariats und kämpft für die Rechte aller Werktätigen und Unterdrückten, in erster Linie für die der Arbeiterklasse. Es ist niemals eine Terrororganisation.

Mit welchem Staatsverständnis ist der Umstand zu vereinbaren, dass man einerseits die Aktivitäten praktisch genehmigt und andererseits diese als Grundlage für dieses Verfahren zu nutzen? Die Phrasen der Imperialisten, wie Freiheit und Demokratie, enden dort, wo sie ihren Interessen nicht mehr dienen. Dem Grunde nach sind die Imperialisten und ihre Lakaien die Feinde der Demokratie und der Freiheit. Die Imperialisten und ihre Lakaien sind für die Weltvölker und die Unschuldigen wie eine zerstörerische Naturkatastrophe, die zu Vernichtung und Massaker führt. Wer es sehen will, kann diese Realität in der Geschichte des 20./21. Jahrhunderts erkennen. Sie werden die blutige Geschichte, die von den eigentlichen Terroristen geschaffen wurde lesen. Die revolutionär-sozialistischen und fortschrittlichen Kräfte begnügen sich nicht allein mit dem Lesen der Geschichte. Sie müssen einen Kampf gegen die Verursacher dieser blutigen Geschichte führen und tun dies. Die Imperialisten und ihre Mittäter setzen „solidarisch“ ihre Angriffe gegen die unterdrückten Weltvölkern und deren klassenbewussten Organisationen fort. Als internationale proletarische Revolutionäre ist es unsere Aufgaben, überall da, wo Tyrannei und Grausamkeit herrscht, nicht das Feuer zu löschen, sondern zu entfachen. Kurzum: Die Logik der Bundesanwaltschaft lautet: Die Beschuldigung mit Terrorismus deckt alles ab, es lohnt sich nicht, Beweismittel vorzulegen, die Suche nach Beweismitteln ist Zeitverschwendung. Wenn wir sagen, sie sind schuldig, dann sind sie schuldig und es ist auch mit unserem imperialen Rechtswesen zu vereinbaren. Der Begriff „Terrorismus stellt für die Imperialisten und deren Justiz beim Vorgehen gegen diejenigen, die einen gerechten und legitimen Kampf führen, „das Patentrezept“ für jede Beschuldigung dar.

Wenn es aber um Staatsterror und die konterrevolutionären Angriffe der zivilfaschistischen Kräfte geht, ändert sich die Haltung der staatlichen Institutionen. Der Gerechtigkeitssinn der Justizbehörden nimmt zu. Das beste Beispiel hierfür ist der 2015 veröffentlichte Bericht des Bundesamtes für Verfassungsschutz hinsichtlich der rassistischen Übergriffe in Deutschland. Dem Bericht zufolge gab es in den ersten neun Monaten des Jahres 2015 insgesamt 505 Brandanschläge auf errichtete Flüchtlingsunterkünfte. Weiterhin heißt es in dem Bericht, dass mit der Zunahme derartiger Anschläge gerechnet wird. Innenminister Thomas de Maizière sagte im Oktober 2015: „Das Risiko des rechten Terrors besteht. Auf den Pegida-Kundgebungen sieht man die Abneigung und den Hass. Dahinter stehen die Rechtsextremen. In den breiten Teilen der Gesellschaft ist eine Radikalisierung zu beobachten, die es bisher so noch nicht gegeben hat. Wir müssen dagegen gewappnet sein. ... Noch kann nicht von Rechtsterrorismus gesprochen werden. Eine solche Gefahr besteht allerdings.“ Offensichtlich gibt es Hunderte von Anschlägen und trotzdem wird nur von der Gefahr der Entstehung von Terrorismus gesprochen.

Nun, wir wollen hier gar nicht von Hunderten von Anschlägen reden. Ohne den Beweis für irgendeinen Anschlag in Westeuropa kann die Bundesanwaltschaft auf Grundlage des § 129b die TKP/ML mit Terrorismus beschuldigen und uns auf der Grundlage konstruierter Vorwürfen inhaftieren. Die Basis hierfür ist die entsprechende ideologische Haltung. Diese wiederum basiert auf zwischenstaatlichen wirtschaftlichen und politischen Interessen. Da ich später auf den Charakter der Türkei und der Einstellung Westeuropas zu den Flüchtlingen eingehen werde, mache ich an dieser Stelle keine Ausführungen. Allerdings muss hier kurz etwas zum türkischen Justizsystem, das den deutschen Staat und deren Ermittlungsbehörden mit Informationen, die uns betreffend, beliefert hat, gesagt werden. Wir werden versuchen darzulegen, mit welchen antidemokratischen Gesetzen dieser Staat regiert wird und mit welchen Rechtswidrigkeiten und Morallösungen die Prozesse dort geführt werden. Wir wurden in der Türkei monatelang Verhöre unter Folter unterzogen. Vor den Ausnahmezustandsgerichten (Militärgerichten, Staatssicherheitsgerichten) erfolgten unsere Prozesse und unsere Verurteilungen. Selbst die Vertreter und Repräsentanten der herrschenden Klassen in der Türkei erkennen heute an – auch wenn es nicht aufrichtig gemeint ist –, dass das Vorgehen während des Militärputschs unmenschlich und gesetzeswidrig war. Wir sagen unaufrichtig, weil die Türkei nach wie vor mit der von der Junta erarbeiteten Verfassung aus dem Jahr 1982 regiert wird.

Der Umstand, dass Erdoğan und seine Bande zivile Kleidung tragen, ändert nichts an dieser Realität. Der Satz, „Ich überschreite die verfassungsrechtlich vorgegebenen Grenzen nicht“, den er denjenigen gegenüber äußert, die ihn als Diktator kritisieren, kommt nicht aus heiterem Himmel.

Die Inhaftierung von Militärangehörigen im Rahmen des als Ergenekon-Prozess bekannt gewordenen Verfahrens wurde in der europäischen Öffentlichkeit als Demokratisierungsschritt interpretiert. Deshalb wurden Erdoğan und seine Bande in unterschiedlicher Art und Weise unterstützt. Die Realität ist aber, dass interne Machtkämpfe die Ursache dieser Inhaftierungen waren. In einfachen Worten gesagt, stellt dies einen Kampf der Cliquen der faschistischen herrschenden Klassen dar, um einen Teil des Kuchens zu ergattern. Bevor dies hier untergeht: Diejenigen, die in dem Cliquenkampf der herrschenden Klasse verloren haben, werden immer unter dem Terrorismusvorwurf inhaftiert, es wird nach ihnen gefahndet und ihre Unternehmen werden beschlagnahmt. Selbstverständlich ist es unglaublich, wenn diejenigen, die die Verantwortlichen des Militärputschs vom 12. September 1980 unbehelligt lassen, mit dem Vorwurf des Putschversuchs Militärangehörige und Zivilisten mit der Lüge „wir demokratisieren uns und tolerieren keine Putsche“ festnehmen und inhaftieren lassen. Nun wurden sie alle entlassen. Jetzt heißt es aber, dass diese Inhaftierungen durch einen „Parallelstaat“, der sich im Staat etabliert hatte, erfolgt seien.

Das heißt, Tayyip Erdoğan und seine Bande stehen nicht zu diesen Inhaftierungen. Das Interessanteste in diesem Zusammenhang ist für uns der Umstand, dass die damals ermittelnden Staatsanwälte von der AKP-Regierung zu „Terroristen“ erklärt worden sind und die von der Regierung neu eingesetzten Staatsanwälte gegen die damaligen Staatsanwälte Haftbefehle erlassen haben. Einer der Staatsanwälte wurde inhaftiert.

Presseberichten zufolge haben zwei der Staatsanwälte in Deutschland um Asyl nachgesucht und die Türkei fordert ihre Auslieferung. Die Auffassung, dass diese Staatsanwälte Urkunden gefälscht und Beweismittel produziert haben, ist innerhalb eines bestimmten Teils der Gesellschaft weit verbreitet. Dieser Umstand verschleiern nicht den putschistischen Charakter der türkischen Streitkräfte. Hinzu kommt, dass bekannt ist, dass hinter jedem Putsch der Imperialismus – insbesondere der US-Imperialismus – steht.

Das grundlegende Problem ist Folgendes: Es ist Realität, dass Gesetzeswidrigkeit den Kern des türkischen Justizsystems bildet, und dass die Justiz der politischen Führung untersteht. Diese Realität ist heute völlig unverhüllt zu sehen. Dass die Justiz politisiert und zusammengebrochen sei, ist ständig im Munde der Parlamentarier der bourgeois Parteien im Parlament. Auch ein Großteil der Gesellschaft vertritt diese Meinung. Aber der deutsche Staat nimmt die Informationen, die ihm dieses korrumpierte System zur Verfügung gestellt hat, als Beweismittel bzw. als Begründung für seine Anklage und unsere Inhaftierung. Die bereits in der Türkei gegen uns erhobenen Vorwürfe und die auf diesen Vorwürfen basierenden verhängten schweren Haftstrafen sind Ausfluss dieses korrumpierten Rechtssystems und das Produkt der Ausnahmezustandsgerichte. Dass dies so ist, weiß auch der deutsche Staat, seine Polizei und seine Justizbehörden. Wenn man uns aber trotz dieser Umstände des „Terrorismus“ bezichtigt und inhaftiert, dann kann es sich um nichts anderes, als um Klassensolidarität handeln. Es ist die Aufopferung des Rechts und der Gerechtigkeit zugunsten der internationalen staatlichen Interessen. Wie man es konkret an unserer Situation sehen kann, kennt Unrecht, Gesetzlosigkeit und Despotismus keine Grenzen. Unser Haftleben, das mit dem Militärputsch 1980 in den türkischen Haftanstalten begann, geht in den Haftanstalten Deutschlands weiter. Es sind verschiedene Länder, aber die Rechtswidrigkeiten und die Isolationszellen stellen eine Gemeinsamkeit dar. Kann es eine noch größere Klassensolidarität als diese geben?

Noch einige Überlegungen dazu, was alles durch Gesetze gerechtfertigt werden kann und wurde: Die Urteile, die gestützt auf die bourgeoise Gesetzgebung ergangen sind, sind für die revolutionäre Gerechtigkeit und Gesetzgebung des internationalen Proletariats und der fortschrittlichen Menschheit nicht bindend. Aus dem Füller der Ungerechten fließt nicht die Tinte der Gerechtigkeit, sondern die der Ungerechtigkeit. Das was wir sagen, ist auch der Geschichte zu entnehmen.

Es ist so: Auch für die imperialistischen Teilkriege des 20. Jahrhunderts gab es durchaus eine entsprechende gesetzliche Grundlage. Aber in den Gewissen der unterdrückten Weltvölker und denen der wirklichen Pazifisten hatten diese Gesetze keinen Platz.

Aus diesem Grund sind die Massen gegen diese ungerechten Kriege an die Widerstandsfront geströmt. Sämtliche progressiven Kräfte – in erster Linie die Kommunisten – haben, wenn erforderlich, mit ihren Körpern Barrikaden gebildet, um die Panzer der Imperialisten aufzuhalten. Schlussendlich haben die imperialistischen Aggressoren verloren. Diejenigen, die gerechter- und legitimerweise einen Widerstand geleistet haben, waren die Sieger. Zweifellos bildet eines der Gesetze aus der

imperialistischen Gesetzgebung die Grundlage für diese ungerechtfertigten Kriege. Aber dies konnte und wird diese Kriege niemals legitimieren.

Im Grunde genommen haben eben diese Gesetze den Weg für Katastrophen und Tod geebnet und wurden durch die Gerechtigkeit der Geschichte verurteilt. Diejenigen, die diese Entscheidung getroffen haben, waren nicht mehr in der Lage zu diesen von ihnen getroffenen Entscheidungen zu stehen. Auch ihre Nachfolger, besaßen und besitzen nicht die Courage zu diesen Geschehnissen zu stehen. Aber die revolutionären, kommunistischen und fortschrittlichen Kräfte, die an vorderster Front gegen den imperialistischen Krieg Widerstand geleistet haben, stehen hinter der Gerechtigkeit und Legitimität ihres Handelns und werden auch weiterhin dahinter stehen. Kehren wir zur neueren Geschichte zurück. Für alle imperialistischen Okkupationen – in erster Linie für die des Iraks – gibt es in der Rechtsprechung der Imperialisten eine gesetzliche Basis. Für diese Okkupationen gab es Dutzende von Vorwänden und als Grundlage haben sie das Völkerrecht genommen. Diese Situation kann auch als Etablierung der imperialistischen Aggression auf gesetzlicher Grundlage definiert werden. Aber das war die Justiz derjenigen, die im Unrecht waren. Deshalb wurde diese Gesetzgebung innerhalb kürzester Zeit vom Gewissen der unterdrückten Völker der Welt, insbesondere der Völker dieser Region, verurteilt. Wir wissen, dass die Besatzer in der jetzigen Situation nicht hinter ihrer Besatzung stehen. Wir sehen auch, was der imperialistische Terror in der Region für eine Katastrophe bewirkt hat.

Für jeden Militärputsch in meiner Heimat gab es nach der türkischen Verfassung eine gesetzliche Grundlage. Die Generäle haben auf der Grundlage dieser Gesetze geputscht. Auch die Junta hatte ihre Gesetze. Der faschistische türkische Staat, mit dem Sie zusammenarbeiten und gemeinschaftlich Operationen gegen Patrioten, Revolutionäre und Kommunisten führen, wird nach wie vor mit der von den Generälen des Putsches des 12. September verfassten Verfassung regiert. Es mag sein, dass die Junta-Justiz für Sie von Wert ist und dass von dieser produzierte Informationen Ihnen als Grundlage für diesen Prozess dienen. Aber aus der Sicht der Sozialisten und der Sicht der Kurden, Türken und der anderen Völker und Werktätigen, die jahrelang durch diese Junta-Justiz unendlichen Gräueltaten ausgesetzt waren, haben die von dieser erteilten Informationen keinerlei Legitimität. Wir haben bisher alle Urteile, deren Grundlage die Junta-Justiz war, abgelehnt und werden diese auch weiterhin ablehnen.

DAS MÄRCHEN DER UNABHÄNGIGEN JUSTIZ

Dass uns heute hier der Prozess gemacht wird, ist das Werk der deutsch-türkischen Zusammenarbeit. Das heißt, dass das Drehbuch für dieses Theaterstück, das sich unabhängiges Verfahren nennt, die gemeinsame Produktion des imperialistischen deutschen und des faschistischen türkischen Staates ist. Die Ausführenden dagegen sind die Justizbehörden. Wie bekannt, ist das Ende des Theaterstücks bereits im Drehbuch festgelegt. Der Zuschauer kennt es aber noch nicht, schaut sich das Stück aufgeregt an und ist auf das Ende gespannt. Die Aussage „unabhängige Justiz“ weckt eine Erwartungshaltung hinsichtlich des Verfahrensgangs und dem Ende. Dabei ist es nur ein Trugbild, das hier vermittelt wird. Wir sind bereits verurteilt.

Es ist so: Wir alle haben feste Wohnsitze, ein Teil der hier angeklagten Freunde war berufstätig und es wird nicht einmal in der Türkei wegen dieser Vorwürfe gegen sie ermittelt oder gefahndet. Das heißt, man hätte das Verfahren auch ohne Inhaftierungen führen können. Aber so wurde es nicht gemacht, weil das Drehbuch es nicht so vorsah. Nun, was wurde gemacht? Im Schatten der Waffen wurden Wohnungen und Anwesen durchsucht, Türen eingeschlagen und Handschellen angelegt. Die Operation wurde der Presse als Schlag gegen den Terrorismus verkauft. Im Gefängnis wurden die Repressionen um das Vielfache gesteigert fortgesetzt. Wir wurden monatelang in Isolationszellen eingesperrt. Das heißt, dass wir 23 Stunden am Tag allein in einer Zelle waren und eine Stunde beim Hofgang alleine mit Auf- und Abspazieren verbracht haben. Es gab keine Bücher. Besuche wurden mit erlogenen Begründungen verhindert. Ein soziales Geschöpf wie der Mensch diskutiert oder beteiligt sich an Kommunikation. Aber, mit der rigiden Isolationspolitik wurden uns sämtliche menschliche Kontakte vorenthalten. Mit diesen Maßnahmen versuchte man unsere angebliche Gefährlichkeit zu inszenieren, die erheblichen Vorwürfe in dem Haftbefehl und in der Anklage zu rechtfertigen und Persönlichkeitsanalysen vorzunehmen, um Informationen über uns zu sammeln

Ich frage berechtigterweise: Welche großartigen neuen Erkenntnisse haben Sie durch diese rigorose Isolationspolitik erlangt? Konnten Sie mit Ihrer Isolationspolitik die Erkenntnisse erlangen, die Sie im Rahmen der jahrelang erfolgten illegalen Überwachungsmaßnahmen nicht erhalten konnten? Selbstverständlich nicht! Wie auch alle anderen von Ihnen vorgetragenen Begründungen sind auch die Begründungen zu diesem Thema fern der Realität. Sie sind nichts anderes als die Bemühung der Verschleierung der heuchlerischen Politik der deutschen imperialistischen Bourgeoisie.

Diese Angriffe und diese Isolationspolitik sind auf der Grundlage gerichtlicher Beschlüsse erfolgt. Diejenigen, die diese Beschlüsse erlassen haben, reden gleichzeitig von unabhängiger Justiz und einem unabhängigen Verfahren. Sie bemühen sich, dies uns und der Öffentlichkeit glaubhaft zu machen. Die Wahrheit ist, dass wir nicht an Ihre Gerechtigkeit glauben, weil wir diese nicht erfahren haben. Aber wir wissen, dass sie ungerecht sind, weil wir es zu spüren bekommen haben.

In diesem Land haben schon immer die Logik und der Geist des in der Ära von Otto von Bismarck 1878 erlassenen sogenannten Sozialistengesetz mit seinem antisozialistischen, antikommunistischen und bürgerlichen Klassenhass geherrscht. Aufgrund der Feindschaft gegen Sozialismus und die Linke, die sich in die Seele der deutschen herrschenden Klassen und ihrer Gesetze eingenistet hat, wurden – insbesondere im 20. Jahrhundert – unzählige revolutionäre Kommunisten ermordet, mit Verfahren überzogen und inhaftiert. Die Genossen Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht wurden in diesem Land erschossen und fast alle Täter wurden vor Gericht freigesprochen. Heute sind die sozialistischen, revolutionären und antifaschistischen Kräfte – so wie wir – der Verfolgung und der Repression durch die Sicherheitsbehörden ausgesetzt. Aber trotz dieser Angriffe haben sich die deutschen Revolutionäre für den Widerstand in Kobane eingesetzt. Es ist sogar so, dass es revolutionäre Aktivisten gibt, die sich aus Westeuropa diesem gerechten und

legitimen Kampf angeschlossen haben. Genau das ist, wovor Ihre System Angst hat. Sie wissen aus der Geschichte, dass Ungerechtigkeit und Gesetzlosigkeit die Basis für einen gerechten und legitimen Kampf schaffen. Statt aus diesen Erfahrungen die Lehre zu ziehen und demokratischere und freiheitlichere Gesetze zu schaffen, wird mit antidemokratischen Gesetzen der Staatsterror fortgesetzt.

Ausgehend davon ist Folgendes zu konstatieren: Wir werden uns in Anbetracht dieser haltlosen Vorwürfe psychologisch nicht in eine Verteidigungshaltung drängen lassen und in eine Verteidigungspsychologie verfallen, weil wir nicht denken, dass wir schuldig sind. Wir werden uns niemals wie Angeklagte verhalten. Vielmehr werden wir jede Gelegenheit dazu nutzen, die Zerstörungen und Massaker, die die Imperialisten in unsere Region gebracht haben, und die Legitimität des dagegen geführten Widerstandes, zu betonen.

EINIGE WORTE ZU DEN INNENRAUMÜBERWACHUNGEN

Die Hauptsäule der gegen uns erhobenen Beschuldigungen ist die Raumüberwachung von Wohnungen und Autos. Zweifellos wird die Justizbehörde dieses Vorgehen auf eine gesetzliche Grundlage stützen. Folgendes möchte ich klar betonen: In den ethischen Wertvorstellungen und dem Gewissen der unterdrückten Völker gibt es aber keine Rechtfertigung für diese Eingriffe.

Kommunikation ist die Basis jeden politischen Subjektes. Diese Art des Abhörens der Privatsphäre soll abschrecken, soll politische Kommunikation und Organisation im Keim ersticken.

Ein gutes Beispiel für die Doppelmoral ist die unverzügliche empörte Reaktion der bürgerlichen Politiker auf das Auftauchen von Unterlagen aus denen hervorging, dass die deutsche Kanzlerin, Angela Merkel, durch die US-amerikanische Nationale Sicherheitsbehörde (NSA) abgehört wurde. Niemand sagte, die USA habe das Recht dazu, weil es um die innere Sicherheit ihres Landes gegangen sei. Es geht viel weiter: Während der US-Imperialismus Deutschland abhörte, war Deutschland auch nicht untätig. Es hörte die Telefone seiner Nachbarn und die der revolutionären und sozialistischen Kräfte im Land ab. Diesem Umstand kann man deutlich die Doppelmoral der imperialistischen Bourgeoisie entnehmen.

Es gibt viele Beispiele für die Verlogenheit, die hinter den Begrifflichkeiten Demokratie und Freiheit stecken, und die wir aufzeigen werden. Deshalb wird eine Diskussion über die Freiheit und Legitimität, basierend auf den Gesetzen, uns nicht zur Wahrheit führen.

DAS GEGEN UNS GEFÜHRTE VERFAHREN ALS GESCHENK AN DEN FASCHISTISCHEN TÜRKISCHEN STAAT

Auch wenn es eine formale Grundlage in den deutschen Gesetzen für das gegen uns geführte Verfahren geben mag: So ist doch offensichtlich, dass dies ein Beispiel für die

„Solidarität“ der deutschen mit der türkischen herrschenden Klasse ist. Es sind so viele Patrioten und Sozialisten in deutschen Gefängnissen, wie noch nicht einmal nach dem Verbot der PKK in Deutschland. Dieses Verfahren und unsere Inhaftierungen können nur als ein Zugeständnis an den türkischen Staat gesehen werden: Wir wurden inhaftiert, damit die gemeinsamen Interessen der herrschenden Klassen realisiert werden. Um dies zu verschleiern und das Verfahren in irgendeiner Art und Weise vor der deutschen Öffentlichkeit zu legitimieren wird in der Anklage behauptet, die TKP/ML würde Anschläge aus Europa heraus steuern.

Nun, auf welche konkreten Beweismittel stützt die Bundesanwaltschaft diese Behauptung? Wenn ich mir die Anklage ansehe, so sehe ich diesen Komplex betreffend keinerlei Erkenntnisse, mit denen man sich befassen müsste oder die diskussionswürdig wären. Wer soll wann welchen Befehl für welche Aktion erteilt haben? Die Fragen bleiben unbeantwortet. Es gibt keine Erkenntnisse, auf die diese Behauptung basiert. Es sieht danach aus, als legten diejenigen, die das behaupten, keinen Wert auf konkrete Erkenntnisse. Sie sagen: Aus unserer Sicht seid ihr schuldig und eure Unschuld zu beweisen, ist nicht unsere Aufgabe, sondern die eure.

Wie bekannt, gilt im modernen Recht bis zum Beweis der Schuld die Unschuldsvermutung. Im Mittelalter verhielt es sich aber nicht so. Die Last des Beweises der Unschuld lastete auf den Schultern des Angeklagten. Da hypothetisch nicht von der Unschuld ausgegangen wurde, musste der Angeklagte sich von den Schuldvorwürfen reinwaschen. Objektiv gesehen sind wir heute genau mit solch einer Situation konfrontiert. Es ist wie folgt: Während der Zeiträume, die uns zur Last gelegt werden, wurden in der Türkei wegen eines Teils der in der Anklage genannten Anschläge Personen, die der TKP/ML zugerechnet wurden, inhaftiert und es wurde gegen revolutionäre Aktivisten prozessiert. Die Bundesanwaltschaft hätte doch anhand dieser Verfahrensakten darlegen können, wann von uns welche Aktion befohlen worden sein soll. Das heißt: Sie hätte anhand von Dokumenten konkretisieren können, wer aus Deutschland welchen Aktionsbefehl erteilt haben soll. Aber dies wird an keiner Stelle konkretisiert. Deshalb müssen folgende berechnete Fragen gestellt werden: Hat die Bundesanwaltschaft es nicht für erforderlich befunden, im Rahmen des Informationsaustausches mit der Türkei, mittels ihrer zuständigen Behörden, diese Fragen zu stellen? Oder haben Sie auf die Fragen nicht die erwünschten Antworten erhalten und konnte deshalb zu keinen Beweismitteln gelangen, die sie hätte in die Anklage aufnehmen können?

Das ist der eine Aspekt des Problems. Der andere Aspekt ist: Wenn wir uns die angefertigten Dokumente ansehen, so sieht man, dass dieser gegen uns geführte Prozess regelrecht wegen Aktionen, von denen behauptet wird, dass sie in der Türkei stattgefunden haben, betrieben wird. Wenn Sie der Auffassung sind, dass Sie die Berechtigung zur Führung eines solchen Prozesses haben, so bedeutet dies, dass Sie auch in der Verantwortung stehen, Rechenschaft für die unmenschliche Praxis der Türkei abzulegen. Tausende von Menschen hat man während der Haft verschwinden lassen, durch Folter ermordet und - bei lebendigem Leibe - in den Gefängnissen verbrannt. Heute werden vor allem im türkischen Teil Kurdistans Babys, Kinder, Jugendliche, Frauen, alte

Menschen in Gruppen und einzeln erbarmungslos ermordet. Ihre Leichname liegen tagelang auf den Straßen, es wird nicht zugelassen, dass man sie beerdigt. Die kurdischen Städte werden massiv bombardiert, verbrannt und zerstört. Teilweise werden mit chemischen Waffen Massenmorde begangen. Es werden nicht die geringsten Freiheiten und demokratischen Rechte zugestanden. Gegen die gesamte Gesellschaft, aber insbesondere gegen die Arbeiter, Werktätigen, Sozialisten und Kurden, wird ein ungezügelter faschistischer Terror ausgeübt. Wollen Sie darüber etwa keine Worte verlieren oder dazu etwas sagen?

Nun, wenn Sie von Ihrem Recht zu prozessieren Gebrauch machen, dann können Sie sich der Rechenschaftspflicht nicht entziehen.

Es geht noch weiter: Die europäischen Länder bescheinigen der Türkei bei jeder Gelegenheit ein "Mangelhaft", wenn es um die „Menschenrechtszeugnisse“ geht. Jedoch ist es so, wie wir es in unserem Fall auch sehen, dass man sich hier nicht zurückhält mit der Türkei zu kollaborieren. Ist das nun die Achtsamkeit der europäischen Demokratie oder eher Heuchelei? So wie es aussieht, ist es das zweite.

IMPERIALISMUS UND DER NAHE OSTEN

Das Verhältnis der imperialistischen Staaten zum Nahen Osten wurde und wird in erster Linie durch ihre imperialistischen Interessen bestimmt. Der Anspruch der Völker des Nahen Ostens auf freie Nutzung ihrer eigenen Rohstoffquellen, wurde schon immer von den Imperialisten und einer Handvoll ihrer Kollaborateure als Aufstand gedeutet, denn die Imperialisten haben sich schon immer als die eigentlichen Eigentümer dieser Region betrachtet. Die folgenden Worte Winston Churchills im Rahmen der zur Untersuchung der Lage Palästinas im Jahr 1937 eingerichteten Peel-Kommission sind der klare Beweis dafür:

„Ich bin nicht der Meinung, dass der Hund das unwiderrufliche Recht auf seine Hütte hat, auch wenn er dort schon lange liegt. Ich räume ihm dieses Recht nicht ein. Ich räume zum Beispiel auch nicht ein, dass den Roten in Amerika oder den Schwarzen in Australien großes Unrecht widerfahren ist, weil eine stärkere, eine höherrangige, eine weltgewandtere Rasse, um es so zu formulieren, gekommen und an ihre Stelle getreten ist.“

Die obige Aussage gibt die wahren Gedanken der imperialistischen Besatzer – gestern wie heute – wieder. Die Imperialisten sehen sich dazu berechtigt, zu entscheiden, wie das Volk in dieser Region zu leben hat, welches Land in wie viele Teile geteilt werden soll, wann ein Militärputsch stattfinden soll oder wie ihre Scheinparlamente entstehen sollen. Die Imperialisten haben niemals den Willen der Völker dieser Region respektiert, das können sie auch gar nicht. Die heute am syrischen Himmel fliegenden Kriegsflugzeuge imperialistischer Staaten wie USA, England und andere versuchen genau nach der oben dargestellten Sichtweise, die Zukunft der syrischen und der anderen Völker zu bestimmen. Die Kriegsflugzeuge säen keine Demokratie, sondern bringen den Tod, so wie in Afghanistan, Irak und Libyen.

Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges bildeten die englischen und französischen Imperialisten in dieser Region, nach dem Prinzip "Teile und Herrsche", neue Kleinstaaten. Sie trennten Kuwait vom Irak und Libanon sowie Jordanien von Syrien, und das bereits zuvor geteilte Land Kurdistan wurde erneut geteilt. Aber, die "Teile und Herrsche"-Politik der Imperialisten endete nicht damit. Der steigende Nationalismus in der arabischen Welt führte zur Unterdrückung der anderen Völker der Region. Die Formung eines jeden neuen Gebildes auf der Grundlage religiöser, konfessioneller oder ethnischer Unterschiede brachte Konflikte und innere Instabilität mit sich. Das entsprach genau dem Bild, das die Imperialisten erschaffen wollten. Denn solch ein Bild erleichterte ihr Eingreifen in der jeweiligen Region. Wenn diese Politik, die sie mittels ihrer Kollaborateure praktizierten, erfolglos blieb, so gingen sie direkt zur Besetzung über. Oftmals versuchten sie, diese auf eine gesetzliche Grundlage zu stützen. Selbstverständlich verleiht dieser Umstand, dass so vorgegangen wird, den Besatzungen keine Legitimation, denn auch das Völkerrecht ist das Recht der Besatzer. In erster Linie sind es die größten imperialistischen Staaten, die Mitglieder der Vereinten Nationen sind, die den Völkern des Nahen Ostens Zerstörung und Massaker bringen. Die als Problemlöser dargestellt werden, sind die eigentlichen Verursacher des Problems.

Nach dem Zweiten Weltkrieg kommt einem, wenn vom Nahen Osten gesprochen wird, der US-Imperialismus als erste Macht in den Sinn. Dass sich der US-Imperialismus dem Nahen Osten widmet, hat vielerlei Gründe. Der wesentliche Grund ist die Absicht, die Herrschaft über die Energieressourcen in der Region zu erlangen und damit sein Gewicht in der Weltwirtschaft und-politik zu verstärken. Ohne Frage war in der Vergangenheit das Argument "Kampf gegen den Kommunismus" – in Gestalt der Sowjetunion – ein in der Öffentlichkeit oft verwendetes Argument. Der regionale Einfluss des nationalistischen, politischen und religiösen Reaktionismus auf die Massen erleichterte sowohl die Arbeit des US-Imperialismus als auch die Arbeit der mit ihm kollaborierenden faschistischen und reaktionären Führungen. Der Plan des US-Imperialismus, seine Herrschaft in dieser Region auszubauen, wurde manchmal, wie zum Beispiel im Irak, durch Okkupation und manchmal mittels kollaborierender Regierungen umgesetzt; so wie es auch heute noch praktiziert wird.

Bei der Umsetzung dieses Plans nahmen die anderen westlichen imperialistischen Staaten oftmals direkt oder indirekt neben dem US-Imperialismus ihren Platz ein. Russland, China und andere Mächte positionierten sich entsprechend ihrer Interessen in dieser Region. Im jetzigen Stadium steht Russland in engem Kontakt mit den jeweiligen Regierungen Irans, des Iraks und Syriens. Heute erhält das Assad-Regime in Syrien von allen diesen Ländern Unterstützung. Russland, Iran und die schiitischen Milizen im Libanon haben in diesem Krieg eine aktive Position eingenommen. Die Basis der Blockbildung der regionalen Kräfte bilden Anhänger der schiitischen Glaubensrichtung. Neben dieser Koalition gibt es noch eine weitere Koalition, die von den USA geführt wird. Von den regionalen Ländern gehören Saudi-Arabien, Katar und die Türkei dazu und man versucht, die Regionalregierung von Irakisch-Kurdistan einzubinden. Auch muss erwähnt werden, dass manche der imperialistischen Staaten dieser zweiten Koalition wirtschaftliche und politische Beziehungen zu Regierungen in der Region pflegen, die auf der Seite der russischen Imperialisten stehen. Wenn die Widersprüche

sich vertiefen, wird sich zeigen, welche Dimensionen diese Beziehungen erreichen werden.

Die Situation in Syrien liefert uns solche konkreten Fakten, die uns sehen lassen, was die wahren Gründe hinter der imperialistischen Aggressionspolitik sind. Es ist ein Krieg um den Markt. Es das Bestreben die Herrschaft in dieser Region zu erlangen und der IS ist das Instrument, das diesem Zwecke dient. Auch wenn der IS verschwindet oder aus der Position als aktive Kraft in der politischen Arena ausscheidet, werden die Imperialisten ihre Existenz in der Region – entweder de facto oder mittels der kollaborierenden Regierungen – aufrechterhalten. Strengen wir unser Geschichtsgedächtnis an: Einst begründete der US-Imperialismus das Erfordernis seiner Anwesenheit in der Region mit der Gefahr des Kommunismus, die von der Sowjetunion ausginge. Also wurde als Vorwand für die ihrer Anwesenheit die sogenannte kommunistische Gefahr präsentiert.

Es ist bekannt, dass die sozialistisch maskierten, bürokratisch bürgerlichen Diktaturen zerfallen sind. Und? Haben der US-Imperialismus und seine Mittäter die Region verlassen? Natürlich nicht. Im Gegenteil, bei jeder Gelegenheit präsentierten sie sich als Botschafter „der Demokratie und der Freiheit“, um sich dort zu etablieren. Doch was sie versucht haben und versuchen, ist die Verfestigung der imperialistischen Sklavenverhältnisse in der Region und deren Umgebung. Man kann sagen, dass der Nahe Osten heute der Inbegriff des *Schlachtfeldes* ist. In vielen Ländern gibt es Zerstörung, Massakrierungen und Elend. Was es nicht gibt, ist die Demokratie und die Freiheit. Jedoch haben die unterdrückten Nationen und Völker – unter allen Umständen – das Selbstbestimmungsrecht über ihre Zukunft. Ein syrischer Flüchtling, der Opfer dieser Zerstörungen ist, sagte: "Wir wollen nichts von Euch. Verlasst nur unser Land, das reicht." Diesem Wunsch schließen wir uns an und rufen mit lauter Stimme: Alle imperialistischen Banditen, raus aus dem Nahen Osten!

Imperialismus ist ansteckend: An jedem Ort, den er betritt, produziert er Tod und Armut; er sorgt für unrechtmäßige Kriege zwischen den unterdrückten Völkern, indem er die nationalen, religiösen und konfessionellen Widersprüche schürt. Die Verantwortlichen des Iran-Irak Krieges, der inneren kriegesischen Auseinandersetzungen im Libanon, des seit Jahren andauernden Bürgerkrieges im Irak und das nicht endende Drama des palästinensischen Volkes sind die imperialistischen Mächte, angeführt vom US-Imperialismus und dessen regionalen Lakaienregierungen. Diese Maschinerien des Todes und des Grauens, verkaufen Waffen an den Nahen Osten, um noch größere Zerstörung anzurichten. Die Rohstoffressourcen, insbesondere das Erdöl, halten sie in großem Maße unter ihrer Kontrolle. Man kann sagen, dass sie auf diese Art und Weise neue Flüchtlingswellen produzieren. Sie fügen der Armee der Mittellosen weitere Armeen hinzu und dies unter dem Banner von "Demokratie" und "Freiheit". Heute erleben und erfahren die Völker des Nahen Ostens, was genau diese Phrasen "Demokratie" und "Freiheit" der Imperialisten für sie in der Praxis bedeuten. Es ist offenkundig, dass die Bedingungen zur Abschaffung des Mechanismus der Ausbeutung und Unterdrückung für die nahe Zukunft nicht gegeben sind. Statt einer Vereinigung der Völker in der Region steigt die Wahrscheinlichkeit weiterer Spaltungen von Tag zu Tag.

Im jetzigen Stadium müssen folgende Gefahren erkannt werden.

Erstens: Der Umstand, dass die imperialistischen Mächte propagieren, sie würden gegen die Mörderhorde des IS kämpfen, führt dazu, dass die Arbeiter und die Werktätigen in imperialistischen Zentren zu diesen Okkupationen schweigen oder sogar diese in gewissem Maße unterstützen.

Zweitens: Parallel dazu, anstatt dass Kriege zwischen Unterdrückern und Unterdrückten geführt werden, werden sie auf der Grundlage von religiösen und konfessionellen Spaltungen geführt. Für die unterdrückten Völker bedeutet dies eine Verfestigung der imperialistischen Sklavenbeziehungen. Alle unterdrückten Völker, in erster Linie die Arbeiter und Werktätigen, in den imperialistischen Zentren, müssen dagegen aufbegehren. Spaltungen und Kriege, die auf religiösen und konfessionellen Gegensätzen basieren, sind wie ein Dolchstoß für den Kampf der unterdrückten Völker für Demokratie, Unabhängigkeit und Sozialismus. Das Blut, das in den Kriegen fließen wird, die auf dieser Grundlage geführt werden, wird Blut Unschuldiger sein. Die Gewinner werden nicht die unterdrückten Völker der Welt, sondern die Imperialisten sein.

Wir konkretisieren diese in den imperialistischen Zentren und im Nahen Osten entstehenden Gefahren näher: Es ist so, dass sich in den imperialistischen Zentren – aufgrund der konterrevolutionären Praktiken des IS – gewisse Haltungen und auch Vorurteile gegen muslimische Völker entwickelt haben und sich die Diskrepanzen zwischen den Angehörigen der sunnitischen und der schiitischen Glaubensrichtung im Nahen Osten vertiefen. Im Dezember 2015 fand unter Federführung Saudi-Arabiens in Riad das Treffen der "Islamischen Allianz gegen den Terror" - gemeint ist hier der Kampf gegen den IS - statt, an dem Vertreter aus 34 Staaten teilnahmen. Aber es ist so, dass die intensivsten bewaffneten Auseinandersetzungen mit dem IS in Syrien und im Irak stattfinden. In zwei Ländern, die auch der Iran in ihrem Kampf gegen den IS unterstützt. Aber genau diese Länder wurden zu diesem Treffen nicht eingeladen. Denn dieses Treffen umfasste Regierungen der Länder, die der sunnitischen Konfession angehören. Nun, es ist auch bekannt, dass die Regierung Saudi-Arabiens die syrische Opposition unterstützt und auch – der religiösen Haltung entsprechend – versucht, Beziehungen zum Präsidenten der autonomen Region Kurdistan im Irak, Mesud Barzani, aufzubauen. Der faschistisch-türkische Staat ließ sich nicht viel Zeit mit der Bekanntgabe, dass er diese „islamisch Allianz“ unterstützt. Hinzu kommt, dass Erdoğan und seine Bande von Anfang an, der oben erwähnten Gesinnung entsprechend, den IS und ähnliche konterrevolutionäre Kräfte unterstützt hat. Saudi-Arabien wiederum, welches die Federführung in der „Terrorbekämpfungs-versammlung“ innehatte, ist das Land, das dem IS in Syrien die größte finanzielle Unterstützung gewährt. Katar hat die gleiche Unterstützung gewährt. Mit Hilfe der Unterstützung des türkischen Staates hat diese Mörderhorde Massaker an dem patriotischen, kurdischen Volk und den revolutionären, demokratischen Kräften verübt. Die Massaker in Amed, Suruç und Ankara tragen die Unterschrift des IS, sein Lenker und Unterstützer ist der türkische Nachrichtendienst.

Obwohl der faschistisch-türkische Staat vor internationalen Gerichten wegen dieses Verbrechens gegen die Menschlichkeit zur Verantwortung gezogen werden müsste, steht er heute neben jenen, die behaupten sie würden gegen den IS kämpfen. Die heuchlerische Politik der imperialistischen Bourgeoisien und ihre an den unterdrückten Völkern der Welt begangenen Verbrechen sind auch dazu geeignet, die Verbrechen der Lakaienregierungen, wie die der türkischen Regierung, zu verschleiern. Schließlich sind sie die Mittäter. Sie vermehren und ernähren sich im und aus dem gleichen Sumpf! Wissen denn die westlichen imperialistischen Staaten – insbesondere der US – Imperialismus – nicht, dass die faschistischen und reaktionären Regierungen Saudi-Arabiens, Katars und der Türkei, die bei der Entstehung und Entwicklung des IS führend waren, niemals den IS wirklich bekämpfen würden? Selbstverständlich wissen sie es. Warnungen an den faschistischen türkischen Staat, er solle seine Grenzen besser schützen, tragen den Charakter eines Geständnisses. Selbstverständlich ist diese Zusammenarbeit allen aufmerksamen Kräften des Westens bewusst, deshalb herrscht bei diesen Kräften, Erdoğan und seiner Bande gegenüber tiefes Misstrauen. Eine Haltung, die natürlich eine berechtigte Grundlage hat. Die Repräsentanten dieser reaktionären Gesinnung, die die Pariser Straßen in eine Blutlache verwandelt haben, wurden von den oben genannten Staaten mittelbar oder unmittelbar unterstützt. Diese Staaten sitzen heute am gleichen Tisch mit den westlichen Imperialisten, die vermeintlich gegen das von ihnen erschaffene "terroristische Zentrum" kämpfen. Aber die Repräsentanten des kurdischen Volkes, die so heldenhaft gegen den IS gekämpft haben, werden auf die Anklagebänke deutscher Gerichte gesetzt und verurteilt. Ebenso sind Sozialisten und Revolutionäre aus der Türkei mit ähnlichen Angriffen konfrontiert. Was zeigt uns das alles? Es zeigt uns, dass das eigentliche Ziel der Imperialisten und deren Lakaien die patriotisch-revolutionären und sozialistischen Kräfte sind. Schlussendlich positionieren sich alle reaktionären Kräfte stets den imperialistischen Interessen entsprechend. Sie ernähren diese konterrevolutionären Kräfte. Die temporären Interessenkonflikte untereinander ändern nichts an der oben genannten Realität. Geht es aber um die Unterdrückten, die Revolutionäre und die Sozialisten sind, so richten sich die Blicke aller Banditen in die gleiche Richtung.

Es ist ganz offensichtlich, dass das eigentliche Ziel des türkischen Staates sowohl im Irak als auch in Syrien die PKK und die parallel zur PKK agierenden patriotischen, kurdischen Kräfte sind. Die Redewendung "Die Intrigen der Osmanen sind unerschöpflich" ist wieder aktuell.

Der türkische Staat versucht durch die Unterstützung des Präsidenten der autonomen Region Kurdistan im Nordirak Masud Barzani, die kurdischen Errungenschaften zu vernichten und alle in der Region zu Gunsten der Kurden neu entstehenden Chancen zu paralysieren. Da ich diesen Komplex in einem anderen Abschnitt ausführen werde, überspringe ich dies jetzt.

Zu einigen anderen Realitäten: Nichts entsteht von jetzt auf gleich. Alles entwickelt sich aufgrund bestimmter historischer Bedingungen. Diese Entwicklung hat zweifellos innere und äußere Ursachen. Wenn keine objektiven Bedingungen vorliegen, können durch willentliche Maßnahmen keine gesellschaftlichen Veränderungen entstehen.

Die breiten Massen können für bestimmte Zwecke nicht mobilisiert werden.

Dass der IS innerhalb der muslimischen Völker diese Unterstützung erhält, hat innere und äußere Ursachen. Die äußeren Hauptursachen sind das Eingreifen der Imperialisten in die Region und die Plünderung der unter- und oberirdischen Rohstoffressourcen. Das Eingreifen der Imperialisten in der Region ebnet den Weg für die Zunahme der Verarmung der Völker der Region. Die Umstände, dass es keine bürgerlich-demokratischen Revolutionen gegeben hat, dass demokratische Rechte und Freiheiten kaum vorhanden sind, dass feudale Überreste und religiöse Rückständigkeit sowohl im sozialen als auch politischen Leben existieren, bieten einen objektiven Nährboden für die Entstehung von mittelalterlich gesonnenen Organisationen wie dem IS.

Deshalb kann das Phänomen IS nicht eigenständig, ohne die Berücksichtigung der regionalen Repressions- und Ausbeutungspolitik der Imperialisten betrachtet werden. Auch der Umstand, dass die demokratischen, laizistischen, progressiven und sozialistischen Bewegungen in der Region unterrepräsentiert sind, muss in diesem Zusammenhang berücksichtigt werden. Die Geschichte kennt keine Lücken. Mit dem Zerfall der sozialistisch maskierten, bürokratisch bürgerlichen Diktaturen, gingen das imperialistisch-kapitalistische System und die Reaktionäre – und zwar an allen Fronten – zum Angriff gegen die wissenschaftlich-sozialistischen Kräfte über. Zu dem Prestigeverlust, dessen Ursache die jahrelangen Verbrechen, die im Namen des Sozialismus, von den sozialistisch maskierten bürokratischen Bourgeoisien begangen wurden, kamen noch die ideologischen Angriffe der Imperialisten hinzu. Anders formuliert kann gesagt werden, dass die Vereinigung des inneren Verrats mit den äußeren Angriffen zu einer höheren Dimension des Prestigeverlustes geführt hat. Zweifellos füllten islamistische Bewegungen diese im Nahen Osten und in seiner unmittelbaren Umgebung entstandene Lücke. Wie es auch bei der palästinensischen Bewegung der Fall war, gerieten sogar die gestern noch progressiven und laizistischen Bewegungen unter den Einfluss religiöser Rückständigkeit. Die Rolle der Imperialisten bei dieser Entwicklung wurde bereits am Beispiel Afghanistans dargelegt, deshalb wird dies nicht wiederholt.

An dieser Stelle sollen die Diskussionen innerhalb der islamischen Front zu konterrevolutionären Bewegungen, wie im konkreten Fall dem IS, dargestellt werden: Während einige islamische Kreise der Ansicht sind, die Praxis des IS sei auf gar keinen Fall mit dem Islam zu vereinbaren, sagen diejenigen, die dies auf der Grundlage objektiver Aspekte betrachten, dass diese durchaus mit dem Islam zu tun habe. Sie stützen ihre Ansicht auf die islamische Geschichte, in der es heißt, dass der Schwiegersohn des Propheten und die Enkelkinder ermordet wurden, dass die Bäuche der Frauen aufgeschlitzt wurden, und dass unzählige Menschen bei den internen Machtkämpfen ihr Leben verloren haben.

Unserer Auffassung nach steht die zweite Ansicht der Wahrheit näher. Abgesehen davon, dass der Ansatz, der IS wäre nicht der Islam, nicht der Wahrheit entspricht, ist diese Haltung auch nicht überzeugend. Die richtige Haltung wäre die Hinterfragung der ideologischen Basis, die dieser Praxis als Quelle dient.

Geisteshaltungen wie, "Barmherzigkeit den Gläubigen, Gewalt gegen die Ungläubigen" schaffen den Nährboden für die Entstehung von Organisationen, wie dem IS, Boko Haram, al-Shabaab, al-Kaida usw. Der stellvertretende Vorsitzende der Vereinigung der islamischen Gelehrten, Yusuf Al-Qaradawi, sagt Folgendes: "Es ist aus religiöser Sicht erlaubt, dass sich die Dschihadisten die Mädchen in Syrien nehmen. In Kriegen werden Zivilisten umgebracht, wenn sie unschuldig sind, kommen sie sowieso in das Paradies." Diese von den Organisationen verübten Massenmorde, die Entführung der Frauen und Kinder, die anderen Religionen und Konfessionen angehören – die in Sindschar geschehenen Grausamkeiten sind eines der schmerzhaftesten Beispiele unserer jüngsten Geschichte –, die unvorstellbaren, unmenschlichen Praktiken, denen sie ausgesetzt waren, all das ist nichts anderes als das Produkt der obigen Geisteshaltung. Mit Phrasen, dass diejenigen, die so eine Geisteshaltung an den Tag legen, den Islam auf fanatische Art und Weise interpretieren würden, ist der Islam nicht reingewaschen. Heutzutage sollte sich, wenn von Enthauptungen gesprochen wird und einem in diesem Zusammenhang Muslime einfallen, jeder aufrichtige Gläubige fragen, was die Ursache für diese Haltung ist. Manche Kreise setzen sich damit auseinander und man muss sich auch damit auseinandersetzen! Folgende Aussage einiger Intellektueller zeigt die erreichte Dimension der Gefahr: "Wenn die Menschen früher den Aufruf ‚Allahu Akbar‘ gehört haben, rannten sie zum Gebet in die Moschee, wenn sie aber jetzt den Aufruf hören, rennen sie weg und suchen einen Zufluchtsort."

Der Grund ist, dass alle von diesen Kräften begangenen Morde von Allahu Akbar-Rufen begleitet wurden. Das ist das eigentliche Bild, das heute existiert. Wenn wir die Wahrheit basierend auf Fakten suchen – und das müssen wir auch –, kann sich niemand taub, stumm oder blind stellen. Eine Verteidigungsposition mit fanatischen und abstrakten Argumenten einzunehmen, anstatt die Realität zu sehen, ist in erster Linie eine Respektlosigkeit den aufrichtig gläubigen Muslimen gegenüber, die im Rahmen der Glaubens- und Gewissensfreiheit ihren Glauben praktizieren. Hinzu kommt, dass durch die Verleugnung der Realität Missstände nicht bekämpft werden können.

Eine andere Realität, die in diesem Zusammenhang gesehen und gegen die eine klare Haltung eingenommen werden muss, sind die Vorurteile, die gegen die muslimischen Völker entstanden sind und deren Ursache in der Praxis dieser konterrevolutionären Kräfte liegt. Gegen diese Vorurteile ist eine klare Haltung unumgänglich. Jeden Muslim als Anhänger des IS einzustufen, ist eine vorurteilsbeladene und gefährliche Auffassung. Objektiv gesehen beseitigt diese Auffassung die Möglichkeit des Zusammenlebens der Völker unterschiedlicher Glaubensrichtungen und Religionen. Im Grunde genommen ist diese Auffassung Wasser auf die Mühlen konterrevolutionärer Kräfte wie dem IS. Hinzu kommt, dass jeder, der das Problem nüchtern und objektiv betrachtet, feststellen kann, dass ein wesentlicher Teil der Kräfte, die gegen den IS kämpfen, sich mit dem Islam identifizieren.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass in diktatorisch regierten Regionen, in denen demokratische Rechte und Freiheiten so gut wie nicht existent sind und Veruntreuung und Korruption zur Tradition geworden sind, die Entstehung derartiger fanatischer

reaktionärer Bewegungen in gewissem Maße unumgänglich ist. Wenn die ideologischen, politischen und wirtschaftlichen Ursachen nicht gefunden und offengelegt werden, kann kein objektives Lösungsrezept erstellt werden. Zweifelsfrei erfolgten bisher die angemessensten und die der Realisierung am nächsten stehenden Lösungsvorschläge seitens der patriotischen, revolutionär-demokratischen und sozialistischen Kräfte. Was heute geschehen muss, ist, durch eine flexible Bündnispolitik, die breiteren Massen zusammenzubringen, damit der Wirkungsradius dieser reaktionären Kräfte eingeschränkt wird und die laizistischen und progressiven Kräfte in der Region in ihrem Kampf unterstützt werden. Eine wirkliche Einheit unter den Völkern der Region und die Verhinderung religiöser und konfessioneller Auseinandersetzungen kann nur gewährleistet werden, wenn diese Kräfte in der regionalen Politik eine wirkungsvolle Position einnehmen.

GEGEN DIE FLÜCHTLINGE WERDEN MAUERN GEBAUT

Das Phänomen der Auswanderung ist so alt wie die Menschheitsgeschichte. Deshalb liegt unser vorrangiger Fokus nicht auf der umfassenden Erörterung der Geschichte der Auswanderung. Vielmehr geht es hier hauptsächlich um die Darlegung des Umgangs und der Verantwortung der Imperialisten mit den Flüchtlingen und der teilweise errichteten Barrikaden, um die Flüchtlinge zu stoppen. Schließlich ist es so, dass die meisten Flüchtlinge, die heute nach Westeuropa kommen, aufgrund der Kriege in ihren Regionen fliehen. Selbstverständlich gibt es auch Flüchtlinge, die aus wirtschaftlichen Gründen kommen. Das heißt, dass Kriege und Armut die Hauptursachen der Auswanderung sind.

Deshalb muss folgende Realität erörtert werden: Das Phänomen der Auswanderung ist das Werk der Ausbeutungs- und Plünderungspolitik der Imperialisten. Jeder muss sich folgende Frage stellen: Ist es ein Zufall, dass Flüchtlinge im Wesentlichen aus Ländern kommen, die arm sind und in denen Krieg herrscht? Selbstverständlich, ist das kein Zufall. Diese Länder sind unter dem Joch der imperialistischen Monopole und befinden sich im Strudel unrechtmäßiger Kriege, die im Interesse der imperialistischen Monopole willen angezettelt werden.

Die Geschehnisse in Afghanistan, im Irak, in Libyen und in Syrien sind der konkrete Beleg dafür. Die Flüchtlingsproblematik ist ein Komplex, der unmittelbar mit den unrechtmäßigen Kriegen zusammenhängt. Wenn von der Flüchtlingsproblematik gesprochen wird, so muss zunächst begriffen werden, dass das vorrangige Problem der Kampf gegen den Imperialismus ist. Ohne den antiimperialistischen Kampf, kann weder das Rad der Ausbeutung gestoppt noch können die unrechtmäßigen Kriege verhindert werden.

Zusammengefasst: Die zunehmende Ausbeutungs- und Plünderungspolitik sämtlicher imperialistischer Staaten ist die eigentliche Ursache der aktuellen Auswanderungsströme! Am Beispiel Syriens sieht man konkret die faktischen Konsequenzen des Herrschaftskampfes, der sich auf den wirtschaftlichen und politischen Bereich erstreckt. Auf der einen Seite ist da die Zusammenarbeit zwischen den EU- und US-Imperialisten, auf der anderen Seite die Partnerschaft zwischen russischen und chinesischen

Imperialisten. In ähnlicher Form bilden sich die Fronten zwischen den reaktionären und faschistischen Staaten in der Region. Der Kampf gegen den IS diene als Vorwand und Legitimation für die Okkupation. Dabei geht es den Imperialisten in diesem Krieg eigentlich nur um die Etablierung ihrer Herrschaft in dieser Region. Die kollaborierenden Lakaien-Staaten positionieren sich natürlich entsprechend der Interessen ihrer Gebiete. Der Umstand, dass im Jahr 2015 ein russisches Kampfflugzeug vom türkischen Staat abgeschossen wurde und dieser Angriff von den US-Imperialisten und den westlichen Imperialisten unterstützt wurde, ist kein Zufall. Dadurch konnten die Allianzen und die Realitäten, die sich hinter den Kulissen verbergen, gesehen werden. Diese Auseinandersetzungen werden in naher Zukunft mehr oder weniger anhalten. Sowohl die auf der internationalen Ebene als auch die regional entstandenen konterrevolutionären Blockbildungen werden sich vertiefen.

Der faschistisch türkische Staat, der der türkisch-islamischen Synthese anhängt, ist ein Statist des Projekts „gemäßiger Islam“ der westlichen Imperialisten und der erste Verlierer in diesem Krieg. Er ist mit all seinen Nachbarn in Konflikte geraten und hat – wirtschaftlich gesehen – große Verluste erlitten. Seine mit der blutigen Organisation IS geführten Beziehungen sind ans Tageslicht gekommen und seine Projekte in der Region, die darauf gerichtet waren, die Kurden in der politischen Arena zu paralysieren, sind gescheitert. Der gerechtfertigte und legitime Kampf des kurdischen Volkes hat sowohl auf regionaler, als auch auf internationaler Ebene immer mehr Unterstützung gefunden. Ohne Zweifel, es ist offensichtlich, dass es einiges an Zeit brauchen wird, bis sich diese Entwicklungen verfestigen und dauerhaft etablieren. Da ich diesen Komplex an anderer Stelle ausführen werde, belasse ich es dabei.

Die in den verschiedenen Ländern der EU eingenommene Haltung zu der Flüchtlingsproblematik, ist eine Klassenhaltung. Zunächst einmal ist es so, dass die federführenden imperialistischen Staaten dieser Union, sich nicht den Ursachen der Flucht, sondern den Konsequenzen dieser Problematik widmen. Wenn Tausende an ihren Grenzen stehen, so ist ihr erster Gedanke, der Bau von Mauern, die an den Grenzen errichtet werden müssen, und das Bezahlen von Bestechungsgeldern an abhängige Länder wie die Türkei, damit diese die Flüchtlinge behalten.

Nun, schlussendlich hat die EU ohne Zögern die Verträge mit dem faschistischen türkischen Staat, der der türkisch-islamischen Synthese anhängt, signiert. Aber Fakt ist, dass sich darüber streiten lässt, inwieweit sich der faschistische türkische Staat, der Verfechter des türkischen Islams ist, an diesen Vereinbarungen festhalten lassen wird. Nun, warum befassen sich die europäischen imperialistischen Staaten nicht mit den Fluchtursachen? Weil sie daran beteiligt sind. Sie sind die Mittäter der Besatzung des Iraks. In Libyen und Syrien sind sie auf dem Schauplatz, sie sind die Verkäufer vieler Waffen, die in der Gegend eingesetzt werden. Sie sind es, die in der Region die ethnischen, religiösen und konfessionellen Konflikte anstacheln. Sie sind die Wächter der Rohstoffressourcen, insbesondere die des Erdöls, um einen Teil davon abzubekommen. Gibt es denn eine andere Erklärung dafür, dass sie sich mit ihren Bodentruppen, Panzern, Flugzeugen und Kriegsschiffen, sowohl vom Land als auch von den Gewässern aus, so einbringen? Wenn es wirklich um den Kampf gegen den IS ginge, müsste dann nicht

auch gegen Staaten wie Saudi-Arabien, Katar und die Türkei, die für das Anwachsen dieser Blut vergießenden Bande verantwortlich sind und sie von Anfang an unterstützt haben, Haltung eingenommen werden? Lassen wir die Haltung außen vor, im Gegenteil, Tayyip Erdoğan und seine Bande bekommen beständig Unterstützung, weil sie die Flüchtlinge aus Syrien beherbergen. Die Rolle des türkischen Staates, die zur Entfaltung des Syrienkrieges geführt hat, wird ignoriert. Sind sie tatsächlich so blind, dass sie es nicht sehen? Selbstverständlich nicht! Ganz im Gegenteil, sie sind die Mittäter. Die Imperialisten wollen eine Gegenleistung für ihre Waffengeschäfte und die Änderung des existierenden Gleichgewichts, um ihren Anteil am Energiemarkt zu erhöhen. Das ist das Ziel aller unrechtmäßigen Kriege. Das möchten sie, aber die Hunderttausende Flüchtlinge, die sich wegen dieser Ungerechtigkeiten auf den Weg machen mussten, möchten sie nicht haben. Die in den Ländern wie Afghanistan, Syrien, Irak und teilweise in Afrika entstandenen Kriege, tragen die Unterschrift der Imperialisten. Nun, die Verursacher dieser Flüchtlingswelle sind offenkundig. Sie sind nicht nur die Verursacher, sondern auch diejenigen, die versuchen, die Fluchtwege nach Europa zu schließen.

Diese Maßnahmen des Verschließens sollen kategorisiert werden. Manchen Studien zufolge müssen weltweit etwa 60 Millionen Menschen aufgrund der durch die Imperialisten – in erster Linie durch die NATO – angezettelten unrechtmäßigen Kriege und der Ausbeutungs- und Plünderungspolitik des kapitalistischen Systems, die zu Armut und Katastrophen geführt haben, ihre Heimat verlassen. Von Amnesty International wurde in einer Rede am 20. Juni 2015, anlässlich des Weltflüchtlingstages, betont, dass derzeit die schlimmste Flüchtlingskrise seit dem Zweiten Weltkrieg herrscht. Amnesty International legte dar, dass 2014 bei Überquerungsversuchen des Mittelmeers 3.500 Menschen ums Leben gekommen sind. Die Zahl der Verstorbenen im Jahr 2015 liegt bisher bei 1865. Hinzu kommt, dass diese Zahl gegen Ende des Jahres stetig gestiegen ist. Anderen Studien zufolge sind in den letzten 15 Jahren etwa 38.816 Flüchtlinge auf der Flucht nach Europa ums Leben gekommen. In Österreich hat man aus dem Laderaum eines LKWs die Leichname von siebzig Flüchtlingen geborgen. Darunter befanden sich auch Frauen und Kinder. Das bedeutet, dass die Flüchtlinge nicht nur in den Tiefen des Meeres den Tod finden, sondern mittlerweile auch in den Laderäumen von LKWs in Europa. Man kann zweifellos davon ausgehen, dass es auch Todesfälle auf der Flucht gibt, die der Öffentlichkeit nicht bekannt werden. Genauso verhält es sich mit der Flucht aus Afrika. Man weiß nicht, mit welchen verheerenden, zerstörerischen Umständen die Menschen, in der mit Minen übersäten Wüste, konfrontiert sind. Mit der Ankunft der Flüchtlinge in Europa enden die Probleme nicht, im Gegenteil, sie nehmen in gewisser Hinsicht zu. Die Flüchtlinge, die aufgrund der Zerstörung ihrer Heimat, deren Ursachen in der von den Imperialisten angezettelten Kriegen, deren Plünderungspolitik und der damit verbundenen Armut liegen, fliehen, sind in den europäischen Städten mit rassistischen Übergriffen konfrontiert. Der Geschichte kann man entnehmen, dass in Zeiten der Zunahme der wirtschaftlichen Krise entweder starke revolutionäre Alternativen oder rassistische Bewegungen erstarken. Aber zu sehen ist, dass sich mit der Unterstützung und der Anstiftung der europäischen Länder rassistische Bewegungen entwickeln. Es ist relativ normal, dass die Zerstörungspolitik des imperialistisch-kapitalistischen Systems, den Weg für solche Reaktionen innerhalb der Massen ebnet. Ein besonderes Problem ist, dass sich diese Haltungen unter der Führung der

rassistischen Parteien vereinen. Selbstverständlich spielen bei dieser Entstehung auch die Medien und die bürgerlichen Parlamente eine Rolle. Heute ist die Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) bereits in vielen Länderparlamenten vertreten. Die Einstellung dieser Partei ist offenkundig. Dann gibt es noch die PEGIDA-Bewegung. Die Aussage, diese Bewegung habe sich von alleine und eigenständig entwickelt, ist nichts anderes als ein Märchen. Jede rassistische und faschistische Bewegung hat eine Basis und einen geschichtlichen Vorlauf. Um dies zu verstehen reicht es, sich mit der der Geschichte der westeuropäischen faschistischen und rassistischen Bewegungen zu befassen.

Selbstverständlich findet sich dieses Phänomen nicht nur in Westeuropa. Auch in der Türkei nehmen die rassistischen Übergriffe mit steigender Zahl der Flüchtlinge zu. Außerdem werden die Flüchtlinge zu Niedriglöhnen und ohne entsprechende Arbeitssicherheitsmaßnahmen beschäftigt und Flüchtlingsfrauen werden zur Prostitution gezwungen und vergewaltigt. Wie wir es auch oben dargelegt haben, handelt es sich bei diesem Problem um ein politisches Problem. Die Entwicklungen in Europa, die rassistischen Taten zum Nachteil von Flüchtlingen, können nicht unabhängig von der europäischen Wirtschaft und Politik betrachtet werden. Auch zeigen diese Angriffe den Ernst der Lage und bedeuten eine Prognose für die Zukunft. Es ist noch offen, welche Haltung die Justizbehörden zu dieser neuen Angriffswelle einnehmen werden, aber offenkundig ist, dass ihre Haltung von der Politik ihres Staates abhängig sein wird. Aber wir glauben daran, dass in vielen europäischen Ländern, insbesondere in Deutschland und in Frankreich, die progressiven, revolutionären Kräfte, die Sozialisten, die Demokraten, die antifaschistischen Gruppierungen und die Werktätigen gegen diese rassistisch-faschistischen Bewegungen die erforderliche Haltung einnehmen werden. Es ist bekannt, dass diese konterrevolutionären Zellen durch die Nachrichtendienste mancher Länder Unterstützung erhalten. Egal, wer sie unterstützt, sie werden von den revolutionären und antifaschistischen Kräften, die Lektion erteilt bekommen, die sie verdienen. In der Geschichte der jeweiligen Länder kann man die heldenhaften Widerstände der progressiven Kräfte – insbesondere die der Kommunisten – gegen den Faschismus erkennen. Manchmal sieht man heute noch auf den Straßen Hinweise auf diese Widerstände. Der Garant für das Ende der Katastrophen, die über die Massen gebracht werden, sind die lauter werdenden Forderungen nach Solidarität, die den Wunsch aller unterdrückten Völker und Werktätigen vereinen und die daraus resultierenden Praktiken. In diesem Zusammenhang haben auch die Flüchtlingsorganisationen wichtige Aufgaben zu erfüllen. Offenkundig ist, dass die Befreiung von den rassistischen Angriffen und vom Staatsterror nur erfolgen kann, wenn jeder einzelne seinen Platz in den Widerstandsreihen gemeinsam mit den Völkern der jeweiligen Länder – auf einer gerechten und legitimen Grundlage – einnimmt.

DIE „BRAVEN“ KINDER DES IMPERIALISTISCH-KAPITALISTISCHEN SYSTEMS

Die zivilfaschistischen Organisationen sind die „braven“ Kinder des imperialistisch-kapitalistischen Systems. Die herrschenden, ausbeuterischen Klassen setzen solche Kräfte in bestimmten historischen Phasen entsprechend ihrer Klasseninteressen ein. Manche Indizien aus dem NSU-Verfahren, das zurzeit in Deutschland geführt wird, deuten in

diese Richtung. Um die Rolle des imperialistischen Systems in Bezug auf die rassistischen und faschistischen Angriffe auf die Migranten zu verstehen, möchte ich über einige Aspekte aus dem Bericht des NSU-Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages sprechen. Meine Bewertungen werden sich auf das, was in dem Bericht steht, stützen. Ich denke, dass die gleichgültige Haltung gegenüber rassistischen und zivilfaschistischen Organisationen nicht den Grund hat, dass bestimmte Individuen in staatlichen Organisationen diesen gegenüber zu tolerant waren, sondern dass diese Haltung auf der Mittäterschaft des Staats beruht. Den besten Beweis für diese Tatsache liefert der Bericht selber:

„Eindruck staatlicher Gleichgültigkeit verstärkt Radikalisierung. [...]

Applaus für Fälle von mörderischem Rassismus in den frühen 1990er Jahren.

Die frühen 1990er Jahre waren geprägt durch eine Welle rassistischer und neonazistischer Gewalttaten, insbesondere gegen Flüchtlinge und Migranten. Diese rassistisch motivierte Gewalt wurde in den neuen Bundesländern vielfach im öffentlichen Raum, vor den Augen zahlreicher – oftmals sympathisierender – Anwohner verübt, ohne dass staatliche Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden wirksam auf Seiten der Opfer eingriffen und effektiv und erkennbar gegen die Täterinnen und Täter vorgingen. Potenzielle Nachahmer und Sympathisanten der extremen Rechten konnten sich dadurch ermutigt und bestätigt fühlen. [...] In den darauf folgenden Monaten ereigneten sich an jedem Wochenende in Ost- und Westdeutschland schwerste Gewalttaten gegen Menschen, die im Weltbild der Rechtsextremisten als „politische Gegner“ oder „Ausländer“ galten. Darunter waren tödliche Brandanschläge u. a. auf ein Flüchtlingsheim in Saarlouis und ein Wohnhaus aus der Türkei stammender Migranten in Mölln. Im August 1992 belagerten neonazistische Kader und Aktivisten, politisch in der extremen Rechten sozialisierte Jugendliche und Nazi-Skinheads aus der gesamten Bundesrepublik unter dem Beifall mehrerer tausend Anwohnerinnen und Anwohner ein Heim für ehemalige vietnamesische Vertragsarbeiter in Rostock-Lichtenhagen. Zuvor hatten Bewohner des Stadtteils gegen die Überbelegung der nahe gelegenen Zentralen Aufnahmestelle für Asylbewerber protestiert. Nachdem Polizeikräfte zwei Tage lang nur zögerlich gegen die Angreifer vorgegangen waren, setzten Neonazis am Abend des 26. August 1992 mithilfe von Molotow-Cocktails das Heim der ehemaligen Vertragsarbeiter in Brand – mehr als 100 Menschen entkamen nur knapp dem Feuertod. Die Bilder von Rostock-Lichtenhagen gingen nicht nur um die Welt, sondern vermittelten Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die sich zu extrem rechten Jugendszenen hingezogen fühlten und sich in so genannten „Kameradschaften“ organisierten, klare Botschaften: Auch bei schwersten Straftaten würde die Polizei nur zögerlich auf Seiten der Angegriffenen einschreiten, eine effektive Strafverfolgung wäre kaum zu befürchten.“ (S. 844)

Und weiter heißt es in dem Bericht:

„Der Ausschuss hat den Eindruck gewonnen, dass schleppend verlaufende polizeiliche Ermittlungen gegen Neonazi-Aktivisten mit darauf folgenden Einstellungen durch Staatsanwaltschaften oder Gerichte in den 1990er Jahren in Thüringen zum Alltag gehörten. Damit vermittelten sowohl die Polizei als auch Staatsanwaltschaften und Gerichte den Eindruck, dass rechtsextrem motivierte Straftaten nur halbherzig verfolgt würden und die Täter letztendlich kaum mit schwerwiegenden Konsequenzen zu rechnen hätten. Der Ausschuss ist zu der Überzeugung gekommen, dass die Strafverfolgungsorgane in Thüringen damit die Radikalisierung innerhalb des „THS“ und der mit ihm verbundenen Kameradschaften nicht ausreichend ernst genommen, die in diesem Zusammenhang verübten Straftaten nicht mit dem notwendigen Nachdruck verfolgt und geltendes Recht nicht konsequent angewendet haben. Dies hat sicherlich dazu beigetragen, dass das Trio und seine Unterstützer aus Thüringen davon ausgehen konnten, auch mit schweren Gewalttaten straffrei davon zu kommen.“ (S. 846)

Wie man sieht, sind die gesamten Angriffe und die begangenen Morde gegenüber Migranten nicht allein die Angelegenheit der wenigen Faschisten, die vor Gericht stehen. Diese Angriffe sind organisierte Angriffe. Diese Angriffe finden nicht unabhängig von den militärischen Institutionen statt. Die Polizei und die Justiz nehmen im Grunde in einer Zuschauerposition zu diesen Angriffen ein, denn die zivilfaschistischen Kräfte sind Teil des Systems. Diese Kräfte übernehmen die Rolle von Tätern und gehen gegen unliebsame Kräfte des Systems und gegen den anwachsenden Kampf der Arbeiter und Werktätigen vor. Aus ideologischer Sicht gesehen, ist dies im Einklang mit dem derzeitigen [bourgeois](#) Herrschaftssystem. Die Bewertungen des Berichts, dass diese Kräfte unterschätzt und nicht ernst genommen worden seien, sind oberflächlich. Denn sie haben keine Antwort darauf, warum diese Kräfte unterschätzt worden sein sollen. Sie wollen vermitteln, einzelne Beamte in den Ämtern hätten ihre Aufgaben nicht ernsthaft erledigt, was zu diesen negativen Folgen geführt habe. Es zeigt sich also, dass man trotz aller Informationen noch versucht die staatlichen Institutionen zu entlasten. Während der Bericht sich dies zur Aufgabe gemacht zu haben scheint, setzten die Neonazis ihre Angriffe fort. Die Haltung des deutschen Staats gegenüber diesen Angriffen ist offenkundig. Der Staat ist damit beschäftigt Revolutionäre und Sozialisten zu inhaftieren und vor Gericht zu stellen und hinter schmutzigen Abmachungen mit dem türkischen Staat hinterherzulaufen.

RECHTE BEGEHEN KEINE MORDE

In dem Bericht heißt es:

„Aus den ausgewerteten Akten und Zeugenvernehmungen gewann der Ausschuss den Eindruck, dass Vorurteile und eingefahrene Denkmuster in den Verfassungsschutzbehörden auf allen Ebenen das Erkennen neonazistischer terroristischer Bedrohungen behinderten. So äußerten verschiedene Verfassungsschutzmitarbeiter, sie hätten Rechtsextremisten solche Morde und Sprengstoffanschläge, wie sie nun dem NSU zur Last gelegt werden, gar nicht

zugetraut. Weder die Logistik, die Handlungsfähigkeit noch ein Konzept des bewaffneten Kampfes sah das BfV in der neonazistischen Szene als vorhanden. Sich bewaffnende Neonazis wurden stattdessen als Waffennarren und Bombenbastler verharmlost. Dass die in den Berichten immer wieder attestierte „hohe Affinität“ von Rechtsextremisten zu Waffen und Sprengstoff dazu führen würde, dass diese auch eingesetzt werden, wurde zwar abstrakt nie ausgeschlossen, aber auch nicht ernst genug genommen. Zudem herrschte beim Verfassungsschutz (und der Polizei) die irrige Auffassung, dass (rechts-)terroristische Taten stets von Bekennerschreibern oder Ähnlichem begleitet werden.“ (S. 855)

„Auf dem rechten Auge betriebsblind.“

„Nach den Feststellungen des Ausschusses war keine Verfassungsschutzbehörde in dem Sinn „auf dem rechten Auge blind“, dass Befunde bewusst übersehen worden wären. Die Untersuchungen des Ausschusses zeigten aber, dass die Gefahren, die von der militanten neonazistischen Szene und einzelnen Gruppierungen in Deutschland ausgingen bzw. ausgehen, vom Verfassungsschutz (und von der Polizei gleichermaßen) unabhängig vom Fall NSU immer wieder unterschätzt und bagatellisiert wurden.“ (S. 854) „Angesichts der gleichzeitig in den Berichten genannten zunehmenden Militanz, die sich u. a. in zahlreichen Waffen- und Sprengstofffunden in der neonazistischen Szene und mehreren (auch tödlichen) Angriffen auf Migranten und politische Gegner zeigt, ist nicht nachvollziehbar, wieso das Gefahrenpotential nicht höher eingeschätzt wurde und wieso seitens der Fachaufsicht diese Bewertungen nicht angezweifelt wurden.“ (S. 854 f.)

In dem Bericht wird dargelegt, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz behauptet „Anhaltspunkte für terroristische Absichten weiterer Rechtsextremisten lagen 2005 nicht vor“ (S. 855).

Manche Aussagen in diesem Bericht sind sehr eindeutig und offen. Was ist in diesem Bericht so klar ausgedrückt? Rechte begehen keinen Mord. Denn die Rechten sind die niedlichen Kinder des imperialistischen Systems. Sie begehen keine Morde, sie kauen Kaugummi. Dieser Teil des Berichts erinnert uns an die Morde in unserem Land vor 1980, die die zivilfaschistischen Kräfte unter der Aufsicht des Staates ausgeführt haben. Süleyman Demirel, der langjährige Ministerpräsidenten und spätere Staatspräsident, sagte damals: „Niemand wird mich dazu bringen zu sagen, dass die Rechten Morde begehen.“ Dabei wurden in den Phasen, in denen solche Erklärungen abgegeben wurde, in den Universitäten die Akademiker durch zivilfaschistischen Kräfte umgebracht, auf Schulen, die mehrheitlich von revolutionären Schülern besucht wurden, wurden Bombenanschläge verübt und sie wurden mit Waffen angegriffen. Damals wurden fast an jedem Tag unter der Aufsicht der Polizei in den Straßen Morde begangen. Um den Streik der Arbeiter und ihren Widerstand zu brechen, hat man sie mit Waffen angegriffen und provoziert. Trotz alledem war Demirel auf dem „rechten Auge blind“. Er konnte nicht sehen, was auf der rechten Front vor sich ging und, weil er es nicht sehen konnte, hat er sich sehr bemüht,

damit es andere auch nicht sehen. Diese Situation als verlogen zu bezeichnen, wäre eine euphemistische Beschreibung. Die richtige Definition dieser Morde wäre zu sagen, dass sie unter der Aufsicht des Staats begangen wurden. Später trat diese Wahrheit in all ihren Facetten zu Tage.

Die gleiche staatliche Gesinnung zeigte sich insbesondere auch in den Jahren 2015 und 2016 in Deutschland. Nacheinander werden Morde an Migranten begangen. Die Bomben explodieren. Was machen die staatlichen Institutionen dagegen? Lesen wir einfach die Antworten darauf im Bericht:

„Jahrelang wurde das Motiv für die Taten im Opferumfeld gesucht, wurden die Morde im Kontext von Ausländerkriminalität, Rotlichtmilieu, Mafia und Rauschgifthandel eingeordnet – nur ein möglicher rassistischer Hintergrund als Motiv wurde zu lange nicht in Erwägung gezogen und nie mit dem nötigen Nachdruck verfolgt.“ [...] „In all diesen Jahren zogen die Neonazis weiter unbehelligt mordend durch Deutschland.“ (S. 830) „Zwar hat *Dr. Beckstein* bereits unmittelbar nach dem ersten Mord konkret nachgefragt, ob dieser einen ausländerfeindlichen Hintergrund haben könne, doch gab er sich dann mit der einen Satz umfassenden Antwort durch die Polizei drei Wochen später zufrieden, es gebe ‚derzeit keine Anhaltspunkte für einen ausländerfeindlichen Hintergrund der Tat‘.“ (S. 833)

Ein Teil der Medien versuchte die Sache als Dönermorde zu präsentieren. Wir haben keine Zweifel daran, dass die kapitalistische Mentalität auf Wettbewerb aufgebaut ist. Der Umstand, dass die, die ihre Leben in dieser Mordserie verloren haben, alle Migranten sind scheint nicht dazu geführt zu haben, zu allererst an einen rassistischen Angriff zu denken. Ganz im Gegenteil, man hat sich bemüht in der Öffentlichkeit diese Möglichkeit klein zu reden. Auch bei der ermordeten Polizistin sehen wir die Spuren dieses Denkens:

„Die Ermittlungen haben vor dem Zufallsfund der Tatwaffen und der Dienstwaffen der beiden Polizisten im Unterschlupf der Terrorgruppe ‚Nationalsozialistischer Untergrund‘ niemals einen Hinweis gewonnen oder auch nur die Möglichkeit erwogen, es könne sich bei den Tätern um Rechtsterroristen handeln.“ (S. 840)

Ist vorstellbar, dass Gruppen, bei denen sie es nach ihren eigenen Aussagen nicht für möglich gehalten haben, Jahre lang Angriffe gegen Ausländer und Migranten verübten: Morde, Lynchversuche, Brandanschläge usw. usw. begangen. All diese Vorfälle liegen noch nicht lange zurück. Es ist undenkbar, dass die ermittelnden Behörden nur den Fehler gemacht haben, diese objektiven Tatsachen nicht zu berücksichtigen. Vielmehr ist dies eine ganz bewusste Haltung: Statt die Wahrheit ans Tageslicht zu bringen, wird versucht zu desinformieren. Auch an unserem Beispiel kann man sehen, dass die Polizei und die Justiz sich große Mühe gemacht haben, um fortschrittliche Revolutionäre und Sozialisten zu observieren, Akten gegen sie zusammenzustellen und sie vor Gericht zu stellen, während sie ihre tolerante Haltung gegen rassistische Organisationen fortgeführt haben.

Es steht aber außer Zweifel, dass diese Angriffe nicht nur in Westeuropa stattfinden. Auch in der Türkei haben die Angriffe auf Flüchtlinge mit deren ansteigenden Zahl zugenommen. Gleichzeitig werden die Flüchtlinge als Billiglohnkräfte ohne Sozialversicherungsschutz beschäftigt.

So wie oben ausgeführt ist dieses Problem ein politisches Problem. Das Erstarken der rassistischen Bewegung in Westeuropa und die unzähligen Angriffe gegen Migranten sind nicht unabhängig von der allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Lage in Europa. Gleichzeitig weisen diese Angriffe auf den Ernst der Lage hin und zeigen, welche Gefahr sie für die Zukunft darstellen. Diese Haltung der Justiz gegenüber diesen Angriffen ist bekannt. Diese Haltung ist nicht unabhängig von der Staatspolitik. Aber wir glauben daran, dass zu aller erst in Deutschland und Frankreich und in vielen europäischen Ländern die Fortschrittlichen, die revolutionären Kräfte, die Sozialisten, die Demokraten, die Antifaschisten und empfindsamen Werktätigen die notwendige Haltung gegen diese faschistischen und rassistischen Bewegungen einnehmen werden. Die Unterstützung dieser konterrevolutionären Gruppen durch Nachrichtendienste und ihre Beziehungen sind auch bekannt. Von wem sie aber auch Unterstützung bekommen sollten: Die revolutionären und antifaschistischen Kräfte werden ihnen die notwendige Antwort geben, die sie verdienen. In der Geschichte dieser Staaten gibt es heldenhafte Widerstandsbewegungen der fortschrittlichen Kräfte – vorneweg der Kommunisten – gegen den Faschismus. Heute kann man auf den Straßen wieder von Zeit zu Zeit Anzeichen dieses Widerstandes sehen. Die größte Sicherheit, um zu verhindern, dass die unterdrückten Massen in neue Katastrophen hinein gelenkt werden, ist, dass die Parolen für die Einheit und Solidarität aller Arbeiter und unterdrückten Völker hörbar werden und eine entsprechende Praxis entsteht. Auch die Migrantenorganisationen müssen sich dieser großen Verantwortung stellen. Eines ist offensichtlich, um den rassistischen Angriffe und dem Staatsterror Einhalt gebieten zu können, müssen wir in den Ländern, in denen wir leben, mit ihren Völkern gemeinsam auf einer gerechten und legitimen Grundlage unseren Platz in der Widerstandsfront einnehmen.

DIE KURDENFRAGE

Die kurdische Nationalfrage ist heute eines der grundlegendsten Probleme der Türkei. Der türkische Staat sieht sich bei jedem seiner Schritte in der Innen- und der Außenpolitik stets mit der kurdischen Nationalfrage konfrontiert. Es vergeht erneut kein einziger Tag, an dem die herrschenden türkischen Klassen nicht Pläne zur Niederschlagung des kurdischen Nationalkampfes schmieden. Dieses Problem bildet die eigentliche Grundlage für die Beziehungen zu ihren Nachbarstaaten in der Region sowie für die Aufrüstung und Militarisierung im Inland. Seit seiner Gründung hat der türkische Staat in den kurdischen Territorien Vertreibung, Tod und Unterdrückung gesät. Aus dieser Saat ist jedoch keine Knechtschaft hervorgegangen. Ganz im Gegenteil, sie hat einen sich auf ein riesiges Gebiet verbreitenden Widerstand hervorgebracht. Diejenigen, die dieses Problem geschaffen haben, winden und winden sich nun hilflos gegen diesen Widerstand.

Die Republik Türkei ist das Werk der rassistischen-chauvinistischen Denkweise „**Eine Sprache, eine Nation, eine Flagge, ein Staat**“. Diese Geisteshaltung hat in einer geographischen Region wie der Türkei, in der viele Nationen und Minderheitennationalitäten gelebt haben, den rassistischen Ansatz „Jeder ist Türke“ verbreitet. Wer dem widersprach, wurde entweder vernichtet oder durch den Staatsterror eingeschüchtert. Natürlich wurde dieser Prozess schon vor der Gründung der Republik Türkei eingeleitet. Der Völkermord an den Armeniern fällt genau in jene Phase. Bei diesem Völkermord wurde auch der Faktor Religion instrumentalisiert. Diese hinterhältige und heuchlerische Politik ist auch durch die muslimischen Völker gedeckt worden. Hingegen ist die Republik Türkei in Entsprechung zu der rassistischen Philosophie des Pan-Türkismus und Islamismus gegründet worden. Schließlich hat die Republik Türkei – kurze Zeit nach ihrer Gründung – auch die Kurden zu ihrer Zielscheibe gemacht. Dass die Kurden Muslime waren, konnte sie auch nicht von der Tyrannei des herrschenden rassistischen türkischen Establishments retten. Ihre rassistische und verleugnende Assimilationspolitik wurde zum Anlass für die Entstehung des berechtigten und legitimen Widerstandes des kurdischen Volkes. Aufstände, die zu verschiedenen Zeiten in den kurdischen Territorien stattfanden, wurden von der Republik Türkei mit Massakern und Vertreibungen niedergeschlagen.

Gegen den in der jüngeren Vergangenheit, d.h. Mitte der 1980er Jahre von der PKK begonnenen Guerillakrieg hat der faschistische türkische Staat, seinem Charakter voll und ganz entsprechend, die konterrevolutionäre Gewalt in ihrer brutalsten Art angewandt. Zehntausende von Kurden wurden durch die Folterkammern getrieben, Tausende wurden in die Gefängnisse verbracht, verschwanden spurlos während des Gewahrsams, wurden Opfer von Morden unbekannter Täter und der Lynchjustiz. Millionen von Kurden wurden aus ihrer Heimat herausgerissen und zur Zwangsmigration gezwungen. Ihre Unterkünfte wurden niedergebrannt. Wirtschaftlich erlitten sie große Verluste. Sie waren gezwungen, in den Außenbezirken der Städte, in die sie gingen, in Armut und Elend ihr Leben fortzuführen.

Während die Republik Türkei diesen unmoralischen und regellosen Staatsterror praktizierte, haben, angeführt von dem US-Imperialismus, alle europäischen Imperialisten den türkischen Staat unterstützt. Sie haben nicht aufgehört, Waffen an ihn zu verkaufen. Ihre Begründung hierfür war erneut die „Terrorismus“-Demagogie. Im Wesentlichen wurde gesagt: Der Staat hat das Recht, „Terroristen“ anzugreifen und sie zu vernichten. Das Widerstandsrecht der Unterdrückten und Verleugneten gegen diese Angriffe wurde dagegen abgelehnt. Gleichzeitig wurden mit der „Terrorismus“-Demagogie auch Kampagnen zur Diffamierung dieses berechtigten Kampfes geführt. Aber die Realien sind mächtig genug, um all die diffamierenden Kampagnen zu paralisieren und den Gegner dazu zu bringen, Respekt zu zeigen. Der faschistische türkische Staat, der behauptete, es gäbe keine kurdische Nationalfrage, hat angesichts des unvermeidbaren und unaufhaltsamen Widerstandes des kurdischen Volkes die Existenz der kurdischen Nationalfrage anerkannt. Der Widerstand selbst hat dies herbeigeführt. Aber, der türkische Staat, der die Existenz dieser Frage einräumt, ist für eine Lösung nicht aufgeschlossen. Diejenigen, die gestern noch sagten, es existiere keine kurdische Nationalfrage, dementsprechend gäbe es auch keine kurdischen nationalen

demokratischen Rechte, erkennen heute – von Zeit zu Zeit, als Sprecher des Systems – die Existenz dieser Frage an. Ist aber die Rede – abgesehen von der Frage des Selbstbestimmungsrechts der Völker – von der Anerkennung der nationalen demokratischen Rechte, ist wieder die verleugnende-ablehnende Politik präsent. Der türkische Staat sagt also zusammengefasst: Ja, es gibt Kurden. Aber sie haben kein Selbstbestimmungsrecht und keine nationalen demokratische Rechte. Beispielsweise kann die Bildung nicht in ihrer Muttersprache stattfinden. Sie können im täglichen sozialen Leben kurdisch sprechen, aber sie dürfen nicht in offiziellen Institutionen ihre Anliegen in ihrer eigenen Sprache artikulieren. Denn die kurdische Sprache hat keinen offiziellen Status in der türkischen Verfassung. Ein Staat, der all dies ablehnt, ist nicht fähig, das Selbstbestimmungsrecht der Nationen zu respektieren. Das ist genau das, was die Republik Türkei heute tut bzw. zu tun versucht.

Diejenigen, die zuvor durch Druck und Gewalt zur Migration gezwungen wurden und sich dann in den nahegelegenen Städten angesiedelt haben, werden seit Ende 2015 durch maßlosen Staatsterror und Morde von ihren neuen Siedlungen noch weiter ins Landesinnere und in die westlichen Städte vertrieben. Erdoğan und seine Bande sprechen im Hinblick auf die kurdischen Patrioten von einer „Säuberungsbewegung“.

Aber Folgendes ist eine Tatsache: All diese Repressionen und Massaker werden nichts bringen. Der gerechte und legitime Kampf wird weitergehen.

Der an mehreren Fronten geführte, heldenhafte Kampf des kurdischen Volkes gegen den IS im Jahre 2015 hat dazu geführt, dass ihm beachtliche Sympathie seitens der unterdrückten Völker der Welt und der demokratischen Kräfte entgegengebracht wird. Er hat die Aufmerksamkeit in der Region auf die Auseinandersetzung zwischen den patriotischen, fortschrittlichen Kräften und den reaktionär-religiösen konterrevolutionären Kreisen gelenkt. Er hat in der Region gegenüber der versuchten Spaltung in sunnitische und schiitische Lager anhand einer inhaltlich fortschrittlichen Sichtweise den Weg zur einer positiven Entwicklung geebnet. Dieser Weg beruht auf der Entstehung von Zusammenschlüssen der Unterdrückten aus allen Nationen, Religionen und Glaubensrichtungen.

Es ist offenkundig, dass in der Region unabhängige, freie Bündnisse mit einer fortschrittlichen und revolutionären Perspektive erforderlich sind. Nur mit solchen Schritten können die konterrevolutionären Pläne der Republik Türkei, des Irans, Saudi-Arabiens und anderer Länder, die alle fortschrittlich-patriotischen Kräfte und allen voran die PKK eliminieren oder schwächen wollen, durchkreuzt werden. Die als politische Taktik unternommenen praktischen Schritte, die den Interessen der reaktionären Staaten dienen, haben dem Kampf des kurdischen Volkes große Schäden zugefügt. Dies zeigt sich an den historischen Erfahrungen. Der Erfolg der Kurden setzt ihre Einheit sowie den Zusammenschluss mit den anderen unterdrückten Völkern der Region im gemeinsamen Kampf voraus.

Die in der letzten Zeit sichtbaren ständigen Anstrengungen der Republik Türkei, die PKK mit dem IS gleichzusetzen, haben nur das Ziel, die auf der internationalen Ebene zu

Recht hervorgerufene Reaktion auf den IS auf den kurdischen Nationalkampf umzuleiten. Diese Anstrengungen sind jedoch vergeblich. Zuallererst ist festzustellen, dass der kurdische Nationalkampf um die nationalen demokratischen Rechte eine berechtigte historische Grundlage hat. Kein Kampf, der dazu führt, dass die Völker sich aus Religions- oder Glaubensgründen gegenseitig abschlachten kann gerecht und legitim sein. Die Praktiken von konterrevolutionären Konstrukten wie dem IS sind wie Dolchstöße gegen die Vereinigung der unterdrückten Völker. Wie am Beispiel des IS zu sehen ist, befindet sich dieser blutige Dolch allgemein in den Händen der faschistischen und reaktionären Staaten. Der türkische Staat hatte, um den Kampf des kurdischen Volkes in der Region zu neutralisieren, keinesfalls Skrupel, in Kobane sowie allgemein in Rojava diesen blutigen Dolch zu ergreifen. Die Statisten können wechseln, aber dieses schmutzige Ziel des türkischen Staates ändert sich niemals. Der türkische Staat weiß nämlich nur zu gut, dass das Entstehen eines unabhängigen Gebildes in irgendeinem Teil des geteilten Kurdistan sich auf die anderen Teile auswirken würde. Aus diesem Grund tritt er rücksichtslos jedweder positiven Entwicklung zugunsten der Kurden entgegen.

Die in den osmanischen Palästen gesponnenen Intrigen der Herrschenden finden heute ihre Fortsetzung in dem Palast von Erdoğan, dem Hauptrepräsentanten des faschistischen türkischen Staates. Wie wir schon oben erwähnt, führt der Weg zur Beseitigung der im Sinne der Kurden erreichten Errungenschaften oder zur Verhinderung der Etablierung dieser Errungenschaften, über die Zerschlagung der Einheit der Kurden. Der erst gestern von den Repräsentanten der türkischen herrschenden Klasse als Stammesführer abgetane Mesud Barzani wird heute im Çankaya-Palast und vom türkischen Nachrichtendienst offiziell empfangen. Während sich im türkischen Teil Kurdistans Städte und Ortschaften im Belagerungszustand befinden, seit Ende 2015 fast jeden Tag Frauen und Kinder getötet und Patrioten, Revolutionäre und Sozialisten in den Bergen, auf den Straßen und in den Häusern vor den Augen ihrer Familienangehörigen ermordet werden, waren die Führer der Regionalregierung Irakisch-Kurdistan damit beschäftigt, die Hände der Mörder zu schütteln. Wofür? Natürlich für die Interessen mancher faschistischer Staaten, die das kurdische Territorium gespalten und zerstückelt haben.

Der türkische Staat stellt sowohl auf regionaler als auch auf internationaler Ebene die von Mesud Barzani geführte Regierung der autonomen Region Kurdistan im Irak in den Vordergrund, um den Handlungsspielraum der PKK einzuengen. Es ist bekannt, dass in der Vergangenheit, im Rahmen dieser Politik, Hunderte kurdischer Kämpfer bei den Auseinandersetzungen zwischen diesen Kräften ihr Leben gelassen haben. Kurden sich gegenseitig umbringen zu lassen und die Wege zur Bildung der Einheit der Kurden zu versperrern, ist eine der hinterlistigsten politischen Methoden aller auf dem kurdischen Territorium Kontrolle ausübenden faschistischen und reaktionären Staaten, welche sie ständig anzuwenden versuchen. Diese Politik erfolgt nicht unabhängig von den imperialistischen Staaten. Jeder von den Imperialisten vorgebrachte „Lösungsvorschlag“ für die Kurden ist eine geplante Falle für neue Angriffe. Denn die Imperialisten sind nicht die richtige Adresse, um diese Probleme zugunsten der unterdrückten Völker zu lösen. Eine wirkliche Lösung kann nur mit Hilfe des Rechts der unterdrückten Nationen und Völker auf freie Selbstbestimmung über ihre Zukunft erreicht werden. Eine wirkliche

Lösung ist nur durch die auf der Denkweise des proletarischen Internationalismus verwirklichte Vereinigung der Arbeiter und unterdrückten Völker aller Länder möglich.

In diesem Zusammenhang wollen wir folgende Realität noch einmal unterstreichen: Wie die Freundschaft des Wolfs zu dem Lamm, so ist auch die Freundschaft der Imperialisten zu den Völkern des Nahen Ostens, zuvörderst zu den Kurden. Die heute von den Imperialisten den kurdischen Kräften in Syrien gewährte Unterstützung beruht auf der Einstellung: „Der Feind meines Feindes, ist mein Freund“. Einerseits wird die PKK als „Terrorist“ bezeichnet und andererseits wird ein Kampf unterstützt, den auch die PKK aktiv unterstützt. Eine ehrliche Haltung wäre, zunächst einmal die Bewertung der PKK zu korrigieren. Auch das würde nicht ausreichen. Es muss eine Entschuldigung gegenüber dem kurdischen Volk erfolgen.

Eine weitere Realität, die gesehen werden muss, ist, dass heute diejenigen, die den größten Kampf gegen den konterrevolutionären IS u.a. führen, die laizistischen, fortschrittlichen und sensiblen Völker der Region, die dem muslimischen Glauben angehören, sind. Die Kurden stehen bei diesem gerechten Widerstand in der vordersten Front. Aber die westlichen europäischen imperialistischen Staaten, die vermeintlich gegen den IS kämpfen, verhaften die kurdischen Politiker und Revolutionäre. Und der Staat, der am ausgefeiltesten die kontrarevolutionäre Praxis beherrscht, ist der deutsche imperialistische Staat. Gegen diese verlogene Politik vorzugehen, ist ebenfalls die Aufgabe aller sensiblen Kräfte.

Wie auch immer die Bedingungen sein sollten, um die Visionen des internationalen Proletariats in die Realität umzusetzen, ist der Weg, der gegangen werden muss, der, dass sich alle Arbeiter und Werktätige von Afrika bis Asien, von Amerika bis Europa, unabhängig davon, ob sie Schwarz oder Weiß sind, welcher Religion oder Konfession sie angehören oder welche Sprache sie sprechen, gegen den Imperialismus und die Reaktionäre der Welt vereinigen. Dieses Bündnis, das auf der Grundlage des Schaffens von Wert geründet wird, ist die größte Garantie für den Kampf gegen jegliche Verfolgung, Ausbeutung und Grausamkeit.

Die Haltung des deutschen Staates im 20. und 21. Jahrhundert, seine auf Völkermord abzielende Politik der Assimilation und der Vertreibung gegenüber den Armeniern und später gegenüber den Kurden und gegenüber anderen Minderheiten der türkischen Republik und deren Vorgänger, dem Osmanischen Reich in seiner letzten Phase, gibt wichtige Aufschlüsse darüber, warum wir heute vor Gericht stehen. Natürlich ist dies keine Wiederholung der Geschichte. Aber es ist den imperialistischen Interessen immanent, dass sie immer die unterdrückten Nationen und Völker und ihre klassenbewussten Organisationen angreifen und unterdrücken. Die Beispiele, die wir unten aufführen werden, liefern den besten Beweis dafür.

Im Januar des Jahres 1916, eine Sitzung des Reichstags: Dr. K. Liebknecht stellt seine erste Frage: „Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, dass während des jetzigen Krieges im verbündeten türkischen Reiche die armenische Bevölkerung zu Hunderttausenden aus ihren Wohnsitzen vertrieben und niedergemacht worden ist? Welche Schritte hat der Herr

Reichskanzler bei der verbündeten türkischen Regierung unternommen, um die gebotene Sühne herbeizuführen, die Lage des Restes der armenischen Bevölkerung in der Türkei menschenwürdig zu gestalten und die Wiederholung ähnlicher Greultaten zu verhindern?“

Diese Frage beantwortete für die Regierung der kaiserliche Gesandte Dr. Stumm: „Dem Herren Reichskanzler ist bekannt, dass die Pforte vor einiger Zeit durch aufrührerische Umtriebe unserer Gegner veranlasst, die armenische Bevölkerung bestimmte Gebietsteile des türkischen Reiches ausgesiedelt und ihr neue Wohnstätten angewiesen wird. Wegen gewisser Rückwirkungen dieser Maßnahme findet zwischen der deutschen und der türkischen Regierung ein Gedankenaustausch statt. Nähere Einzelheiten können nicht mitgeteilt werden.“ (Rosa Luxemburg, Schriften über die Türkei, Seite 181).

Im Jahre 2015, am 100. Jahrestag des Völkermordes an den Armeniern hat der Bundespräsident Joachim Gauck nicht nur die Angriffe des Osmanischen Reiches als einen Völkermord bezeichnet, sondern er hat auch gleichzeitig die Mittäterschaft Deutschlands zur Sprache gebracht. Auch wurden in einem Hilfslehrbuch für Schulen im Bundesland Sachsen-Anhalt die Vorfälle von 1915 als Völkermord bezeichnet. Im Jahre 2016 kam die Resolution, über die im Jahr 2015 nicht abgestimmt wurde, mit einem Antrag von dem Co-Vorsitzenden der Grünen, Cem Özdemir, wieder zur Abstimmung in den Bundestag. Die Resolution zum Völkermord an den Armeniern wurde vom Bundestag im Juni 2016 angenommen. In dieser Resolution wird auch die Verantwortung des deutschen Staates am Völkermord an den Armeniern zur Sprache gebracht. Wichtig ist aber, dass schon vor der Resolution, der Großteil der deutschen Bevölkerung keinen Zweifel daran hatte, dass es sich hier um einen Völkermord handelt.

Aber mussten denn hundert Jahre vergehen, bis der deutsche Staat versteht, dass es sich um einen Völkermord handelt? Mit Sicherheit nicht! Der deutsche Staat wusste vom ersten Tag an, dass es Völkermord war. Aber die imperialistischen Interessen hinderten ihn daran, diese Wahrheit auszusprechen. Während Hunderttausende Menschen, die ihre Häuser verlassen mussten, während des Marsches vor Hunger, Kälte und unter dem Säbel der osmanischen Regierung starben, redete der Sprecher des Reichskanzlers darüber, dass sie im Gedankenaustausch mit der türkischen Regierung seien und erzählte von den „neuen Wohnstätten“. Von neuen Wohnstätten kann nicht die Rede sein, denn hunderttausende Armenier, die umgebracht wurden, haben nicht einmal einen Grabstein.

Es ist die Zeit der Jahre 2015/2016 und das Leben in Türkei-Kurdistan schaut ständig dem Tod ins Auge. Vor hundert Jahren waren es die Armenier, jetzt sind alle Oppositionellen und alternative Kräfte, zuvörderst die Kurden, einer sehr umfassenden Belagerung ausgesetzt. Die Henker sind auf den Straßen, sie arbeiten mit großem Eifer in den Gerichtssälen. Trotz alledem ändert Berlin seine Haltung nicht. Im Vordergrund stehen wieder die imperialistischen Staatsinteressen, also eine Mittäterschaft mit dem türkischen Staat.

Die Frage, die Dr. Liebkecht vor 100 Jahren stellte, wollen wir auch heute wiederholen. Berlin, ist dir bekannt, dass der türkische Staat insbesondere gegen Ende des Jahres 2015

in Sur, in Cizre, in Idil, in Nusaybin, in Yüksekova, in Şirnak nach der faschistischen Mentalität „Kein Stein auf dem anderen und keinen Kopf auf den Schultern“ lassen, Frauen, Kinder, Jugendliche, alte Menschen und patriotische, revolutionäre Militanten umgebracht und ihre Häuser zerstört hat. Berlin, ist dir bekannt, dass Journalisten, die Erdoğan, der in seinem Palast sitzt, und seine Bande kritisieren, inhaftiert und sie mit zig Strafverfahren überzogen werden, dass hunderte von kurdischen Politikern als Geiseln in den Gefängnissen sitzen. Berlin, ist dir bekannt, dass Erdoğan, der immerfort stiehlt und dafür, dass das gestohlene Geld ihm nicht weggenommen werden kann, seinen Freunden am Telefon den Befehl gibt, die Beute zu verstecken, dass die noch verbliebenen Reste von Freiheit und Demokratie von Erdoğan und seiner Bande geschliffen werden, dass zu „Ein Staat und eine Nation“ der Zusatz „Nur eine Stimme“ gekommen ist und dass jetzt Mehrstimmigkeit als „Terrorismus“ verstanden wird.

Sicher ist dir, Berlin, das alles bekannt. Euer Mittäter ist ja auch die Türkei. Die Tatsache, dass ihr Patrioten, Revolutionäre und Sozialisten aus dem türkischen Teil Kurdistans inhaftiert und vor Gericht stellt, ist Beweis genug. Nur, dass nicht einmal der türkische Staat gegen einige der Revolutionäre, die jetzt vor Gericht stehen, auch nur ein Ermittlungsverfahren eingeleitet hat. Und einige Freunde haben, wie zu Beginn ausgeführt, viele Jahre in den türkischen Gefängnissen aufgrund von Urteilen der Ausnahmezustandsgerichte ausharren müssen. Heute müssen sie ihr Leben in den Isolationszellen des deutschen Staates verbringen, mit der Begründung, sie würden weiterhin gegen den türkischen Staat kämpfen.

Ich möchte heute hier auch auf der Grundlage von historischen Erfahrungen folgendes sagen: Vielleicht habe sie die Zeit noch ein Jahrhundert abzuwarten, bis sie die Massaker sehen. Aber wir hoffen, dass zuvörderst die Kommunisten, die Sozialisten und alle fortschrittlichen Kräfte sowie die europäischen Völker ihnen nicht die hundert Jahre Bedenkzeit geben werden, dass sie ihre eigene Zukunft selbst bestimmen und ein freiheitliches Gesellschaftsprojekt umsetzen, das ohne Unterdrückung und Ausbeutung ist.

Auch an diese Wahrheit glauben wir mit unserem Herzen: Alle reaktionären faschistischen Staaten in dieser Region, zu aller erst der faschistische türkische Staat, werden an dem Blut ersticken, das sie vergossen haben. Die Völker der Region werden ihre Ketten der „Sklaverei“ brechen. Sie werden auf der Grundlage der Brüderlichkeit der Völker eine freie, demokratische Gesellschaft errichten. Auch heute sehen wir die Anzeichen hierfür. Die Imperialisten und ihre Mittäter werden trotz all ihrer Angriffe und Massaker, keinen Rosengarten ohne Dornen haben.

DER CHARAKTER DES TÜRKISCHEN STAATES MACHT DEN REVOLUTIONÄREN KAMPF NOTWENDIG

Die Republik Türkei wurde im Kern unter der Führung der als Kompradoren fungierenden Großbourgeoisie und der Großgrundbesitzer auf den Trümmern des Osmanischen Reiches errichtet. Die herrschenden türkischen Klassen ziehen aus dieser

Gründungsphase eine große anti-imperialistische Mission. Die Wahrheit ist aber, dass der „Nationale Befreiungskrieg“, von dem gesprochen wird, einen unvollendeten anti-imperialistischen Charakter hat. Die Republik Türkei ist nämlich in einem Abhängigkeitsverhältnis zu den Imperialisten gegründet worden. Die Abhängigkeit vom Imperialismus, die Feindschaft gegenüber allen Werktätigen, insbesondere der Arbeiterklasse, gegenüber dem kurdischen Volk sowie den anderen Minderheitennationalitäten bilden die Basis der Gründungsphilosophie des türkischen Staates.

Noch bevor die Republik Türkei gegründet wurde, fand im Jahre 1915 der Völkermord an den Armeniern statt. Seit dem Moment der Gründung der Republik Türkei wird insbesondere der kurdischen Nation, aber auch allen anderen Minderheitennationalitäten mit den Kernaussagen der rassistischen Ideologie „Wie glücklich, wer sagen kann, ich bin Türke“ und „Ein Türke ist die Welt wert“ begegnet. Die ideologischen Grundlagen der heute zu beobachtenden Politik der türkisch-islamischen Synthese wurden in dieser Gründungsphase gelegt.

Der Laizismusbegriff der Kemalisten ist heute genauso wie damals vom tatsächlichen Laizismus weit entfernt. Die Kemalisten hatten im Kern kein Problem mit der Religion. Ein Teil derjenigen Kader, die während des Völkermordes an den Armeniern den Faktor Religion ausnutzten, um das ärmliche muslimische Volk zur Beteiligung an diesen Maßnahmen zu bewegen, und die auch selbst aktiv daran teilnahmen, war später auch an der Gründung der kemalistischen Herrschaft beteiligt. Aus diesem Grunde ist der Staatsterror identisch mit der Gründung der kemalistischen Republik. So haben nach der Gründung der Republik die herrschenden Klassen nicht lange gewartet, um die Eisenbahnmitarbeiter, die für ihre wirtschaftlichen Interessen streikten, abzuschlachten. Um das Vertrauen der westlichen imperialistischen Staaten zu gewinnen, haben sie nicht gezögert, die Kommunisten zu verhaften und zu ermorden. Diese Problematik lässt sich selbstverständlich nicht allein damit erklären, dass sie das Vertrauen der Imperialisten gewinnen wollten. Eine derartige Beurteilung wäre unzureichend. Die Feindschaft der Kemalisten gegenüber den Kommunisten ergibt sich zwangsläufig aus ihrem Klassencharakter. Denn die kemalistische Bewegung war eine antikommunistische Bewegung. Kemalismus bedeutet Feindschaft gegenüber allen Werktätigen, in erster Linie gegenüber der Arbeiterklasse. Kemalismus bedeutet Rassismus, Massaker und Vertreibung, insbesondere in Bezug auf die kurdische Nation, sowie alle anderen Minderheitennationalitäten. Die größten Massaker an den Kurden in Türkei-Kurdistan wurden während der Regierungszeit der Kemalisten verübt. Mit dem Massaker von Dersim im Jahre 1938 hat die faschistische kemalistische Regierung das kurdische Gebiet regelrecht in eine einsame Wüste verwandelt. Die Assimilationspolitik zur Türkifizierung wurde mit Hilfe der Schulen und Polizeiwachen bis in die entlegensten Ecken des kurdischen Gebiets getragen. Mit anderen Worten, die Politik der Assimilation wurde als staatliche Politik im Schatten von Waffengewalt durchgesetzt. Die anderen Minderheiten, die außer den Kurden noch existierten, wurden durch Vertreibung und Massaker eingeschüchtert und ausgeschaltet. Die schwache revolutionäre und kommunistische Bewegung wurde völlig wirkungslos gemacht. Den revolutionären Kräften wurden Provokationsfallen gestellt und es erfolgten Verhaftungen. Die damaligen Repräsentanten

der herrschenden Klasse sagten: „Sollte dieses Land kommunistisch werden, werden wir diejenigen sein, die den Kommunismus aufbauen.“ Sie haben sogar eine pseudo kommunistische Partei gegründet, um die Unterstützung der Sowjetunion zu erhalten. Scheinheiligkeit und Feindschaft zu den unterdrückten Völkern sind gemeinsame Charakterzüge aller herrschenden Klassen. Es ist kein Zufall, dass Hitler von Atatürk beeindruckt war. Es ist die Schicksalsgemeinschaft ihrer Klassenbrüderschaft.

Die Kemalisten erlaubten nicht einmal eine bourgeoise Opposition. Zweifellos, die Existenz mehrerer Parteien der herrschenden Klasse bedeutet nicht, dass ein solches Land ein demokratisches Land ist. Die bürgerlichen Parlamente hatten die Funktion in der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolutionen, die faschistischen Diktaturen und reaktionären Regimes zu maskieren. So wurde in der Türkei mehrmals durch einen Militärputsch die Tür des Parlaments verschlossen. Heute ist die AKP, die die Mehrheit im Parlament stellt, ein Spielzeug des im Palast residierenden Tayyip Erdoğan. Der Palast ordnet an, im Parlament gehen die Hände nach oben.

Zweifellos haben auch innere und äußere Faktoren den Übergang des türkischen Staates zum Mehrparteiensystem beeinflusst. Die äußeren Faktoren waren die Oktoberrevolution von 1917 in Russland und die danach in vielen Ländern stattfindenden demokratischen Volksrevolutionen und sozialistischen Revolutionen, allen voran die chinesische Revolution. Dem Sozialismus wurde immer mehr Sympathie entgegengebracht. Insbesondere die sozialen und nationalen Befreiungskämpfe in den kolonialen und halbkolonialen Ländern, entwickelten sich zu einer Welle, die die breiten Massen erfasste. Dies hat die reaktionären und faschistischen Regime in den imperialistisch-kapitalistischen und kolonialen und halbkolonialen Ländern in Angst gestürzt. Die herrschenden Klassen haben einerseits, genau wie heute auch, zur Niederschlagung der inneren Opposition zum Mittel des Staatsterrors gegriffen. Andererseits haben sie, um zu verhindern, dass die angestaute revolutionäre Wut in radikale revolutionäre Bahnen strömt, den Weg zur Öffnung reformistischer linker Kanäle partiell freigegeben. In den bürgerlichen Parlamenten, die anstatt ein Ort der Lösung für die Probleme zu sein, eher selbst zu der Entstehung der Probleme beitrugen und die Massen mit Demokratiephrasen einschläferten, wurden noch weitere bürgerlich-feudale Parteien zugelassen. Den Gerechtigkeit suchenden, sich dem Kampf für Demokratie und Freiheit zuwendenden Massen wurde das Parlament als Adresse genannt. Die Aufmerksamkeit wurde in diese Richtung gelenkt.

Aber in der Türkei der 1950er und 1960er Jahre, die nicht einmal im bürgerlichen Sinne über eine demokratische Tradition verfügte und in der die Beteiligung der feudalen Großgrundbesitzer an der politischen Macht deutlich spürbar war, war selbst eine nur partielle Herstellung demokratischer Verhältnisse unmöglich. Dazu kam es aber auch nicht. Der interne Machtkampf der herrschenden Klassen hatte zum Ergebnis, dass die sich auf die Macht des Militärs stützende kemalistische Clique ihren ersten Putsch verwirklichte und den Ministerpräsidenten des Landes zusammen mit zwei Ministern zur Hinrichtung an den Galgen schickte. In dieser Hinsicht gehört der türkische Staat zu den Ausnahmestaaten, die im 20. Jahrhundert ihren eigenen Ministerpräsidenten und seine Minister hinrichtete. Es ist Fakt, dass die damals als Begründung für die Todesstrafe

angeführten Straftaten wie Unterschlagung und Korruption von den gegenwärtigen Politikern genauso begangen werden. Genauso wie heute: Viele Politiker der Bourgeoisie, allen voran Tayyip Erdoğan, in Unterschlagungs-, schamlose Bereicherungs- und Korruptionsfälle verstrickt sind, waren auch Adnan Menderes und seine Freunde Teil eines in gleicher Weise verfaulten Systems. Jedoch war es damals das eigentliche Ziel der Entscheidungsträger, in dem internen Machtkampf ihre Rivalen auszuschalten. Um die Bekämpfung von Korruption und Betrug ging es ihnen dabei nicht.

Heute sind die Unterschlagungen und das korrupte Verhalten von Erdoğan und seinen Ministern und sämtliche Belege hierfür an die Öffentlichkeit gelangt. Die durchgesickerten Informationen sind keinesfalls Erfindungen, sie entsprechen den Tatsachen. Mit anderen Worten, so wie der Putsch durch die faschistische türkische Armee wahr ist, in dem Maße sind auch die Unterschlagungen und Korruptionen von Erdoğan und seinen Mittätern wahr.

Da aber heute ein Kräfteverhältnis zugunsten von Tayyip Erdoğan besteht, ist es nicht er, der ins Gefängnis wandert, sondern die Mitglieder der gegnerischen Clique. Er fungiert trotz all seiner Unterschlagungen und seines korrupten Verhaltens als Repräsentant des faschistischen türkischen Staates.

Innerhalb des türkischen Establishments hat es immer einen internen Machtkampf gegeben und es wird ihn auch weiterhin geben. Er wird erst dann sein Ende finden, wenn dieses verfaulte System durch die demokratische Volksrevolution gestürzt ist. Eine andere Tatsache ist es, dass, wenn es sich um den Kampf des Proletariats und der unterdrückten Völker und Nationen handelt, sich sämtliche Cliquen der herrschenden Klassen auf die gleiche Seite stellen. In einer Phase, in der sich weltweit eine erstarkte linke Welle formierte, sind auch auf dem Boden der Türkei neben der systemtreuen reformistischen Linken für ein alternatives System eintretende marxistisch-leninistisch-maoistische Parteien wie die TKP/ML zutage getreten. Nach 1968 haben sich in unserem Land noch andere radikale revolutionäre Organisationen gebildet. Diese Bewegungen und die revolutionären Entwicklungen in unserem Land sind mit Sicherheit nicht unabhängig von den internationalen Entwicklungen eingetreten.

Unter den angesprochenen historischen Bedingungen haben die Entstehung der Jugendbewegungen in Europa, der Sieg des vietnamesischen Volkes gegen den amerikanischen Imperialismus und die große proletarische Kulturrevolution in China eine bedeutende Rolle bei der Formierung der revolutionären und kommunistischen Bewegung auf dem Boden der Türkei gespielt. Desgleichen haben auf dem Boden der Türkei der große Arbeiterwiderstand des 15./16. Juni, die Bauernbewegungen sowie die offen zutage tretende historische Funktionslosigkeit des feudal-bürgerlichen Parlaments die revolutionäre und kommunistische Bewegung auch dazu veranlasst, die traditionellen Denkweisen und Handlungsformen zu hinterfragen. Die TKP/ML hat im Wesentlichen während dieses Prozesses der Hinterfragung ihre ideologische Trennung von dem System vollzogen. Sie hat vor allem die kurdische Nationalfrage, den Kemalismus und andere

grundlegende Fragen einer der proletarischen Denkweise entsprechenden Analyse unterzogen und eine dieser Analyse entsprechende praktische Linie verfolgt.

Die Antwort des türkischen Staates auf all diese Entwicklungen war ein erneuter Militärputsch. Ab dem Jahr 1968 hat der faschistische türkische Staat den konterrevolutionären Terror gegen die revolutionäre und kommunistische Bewegung ständig vermehrt und mit dem Militärputsch vom 12. März 1971 den Staatsterror auf eine höhere Stufe getragen. Die gleiche Geisteshaltung, die im Jahr 1925 den Führer des kurdischen Aufstandes Şeyh Said und seine Freunde in Amed am Galgen aufhängte, hat diesen Galgen in Ankara erneut für die revolutionären Führer der THKO errichtet. Sie hat den Führer der THKP-C Mahir Çayan und seine Freunde in Kizildere und den Gründer und Führer der TKP/ML Ibrahim Kaypakkaya in den Folterkammern ermordet. Neben den bei Hausdurchsuchungen und auf den Straßen erschossenen Revolutionären wurden unzählige Autoren, Künstler, Revolutionäre, Kommunisten und patriotische Kurden verhaftet. Aufgrund von Gerichtsverfahren vor den Ausnahmezustandsgericht und deren Verurteilungen mussten Dutzende von Revolutionären langjährige Haftstrafen verbüßen.

Aber trotz all dieser Repressionen konnte der Kampf der Arbeiter, Werktätigen und patriotischen kurdischen Kräfte um die demokratischen Rechte und Freiheiten nicht aufgehalten werden. Sie führten dazu, dass sich nach 1974 erneut eine starke revolutionäre Bewegung entwickelte. Denn die politischen Repressionen und die Behinderung der Meinungs- und Organisierungsfreiheit haben gerade das Gegenteil bewirkt. Wenn wir die Geschichte betrachten, dann sehen wir Folgendes: Unterdrückung und Gewalt erzeugen entweder ein Knechtschaftsverhältnis oder führen zum Widerstand. In dieser geschichtlichen Epoche haben sie in unserem Land Widerstand hervorgerufen. Der Widerstand hat nicht nur das Bewusstsein für die Erringung von Rechten geschärft, er hat zugleich den Weg zur Befreiung des Denkens eröffnet. In einem Land mit konservativen und autoritären Strukturen wie der Türkei, in dem das religiös Reaktionäre die Massen umgarnt hat, entwickelte sich eine bedeutende Aufklärungsbewegung. Dieser Umstand versetzte sowohl die türkischen dominierenden Klassen als auch die imperialistischen Herren in Aufregung. Genau in solch einer Phase haben die herrschenden Klassen und die Imperialisten erneut alle erdenklichen moral- und regellosen Methoden gegen den revolutionären Kampf eingesetzt.

Im Land wurden Aktionen der Konterguerilla durchgeführt und die Morde, die durch die zivilen Faschisten, die von den illegalen militaristischen Kräften des Staates unterstützt wurden, nahmen kein Ende. Konfessionelle Hetze, wie sie auch heute von dem Repräsentanten des faschistischen türkischen Staates, Erdoğan, betrieben wird, hat damals in verschiedenen Gebieten, hochgepuscht von illegalen staatlichen Kräften, zu zivilen Massakern an Angehörigen der alevitischen Glaubensrichtung geführt. Das heißt, dass die Erklärungen, die Erdoğan heute abgibt, in der Türkei mit schmerzhaften Erfahrungen verbunden sind. Erdoğan versucht, indem er sich dieser schmerzhaften Erfahrungen bedient, diese Bevölkerungsschichten, die diesen Grausamkeiten ausgesetzt waren, erneut einzuschüchtern. Auch beabsichtigt er durch die Ausnutzung der konfessionellen Diskrepanzen, seine Herrschaft in dem mehrheitlich von Angehörigen der sunnitischen Glaubensgemeinschaft bewohnten Land zu verfestigen. Religiöse und

konfessionelle Diskrepanzen sind für diese Kräfte ein Instrument zur Fortsetzung ihrer Herrschaft. Solange die Massen die wahre Absicht hinter derartigen Propagandamaßnahmen der herrschenden Klassen nicht erkennen, solange können sie sich nicht davon befreien, nur eine ihnen zugewiesene Rolle in einer ihnen von den herrschenden Klassen gestellten Falle zu spielen. So sind auch in der Region heute Staaten wie Iran und Saudi-Arabien bestrebt, derartige Fallen zu bauen. Regionale Interessen veranlassen die genannten Staaten zur Praktizierung dieser hinterhältigen Politik. Dass hierfür auch eine objektive Grundlage existiert, ist eine weitere Tatsache.

Damit der türkische Staat den im Land und in der Region bestehenden Interessen seiner imperialistischen Herren am besten dienen konnte, war es erforderlich, jedwede Opposition, zuvörderst die nationalen und sozialen Befreiungskräfte, zu zerschlagen. Aus diesem Grunde wurde auch mit Unterstützung und Zustimmung des US-Imperialismus der Militärputsch des 12. Septembers 1980 durchgeführt. Dieser Putsch wurde ebenfalls auch von den europäischen Imperialisten mit Freude aufgenommen. Mit der Gewissheit dieser Unterstützung im Rücken, hoben die faschistischen Generäle die, wenn auch nur eingeschränkt, so doch noch bestehenden demokratischen Rechte und Freiheiten, vollständig auf. Es wurden erneut Galgen aufgestellt. Auf den Straßen und in den Bergen erfolgten Hinrichtungen. Die Fernsehsender und Zeitungen wurden gemäß der Philosophie der militärischen Junta vereinheitlicht. Alle anderslautenden Stimmen wurden zu „Vaterlandsverrätern“ erklärt. Jegliche Art von Streik wurde verboten. Der Kampf um Rechte wurde als eine auf die „Zerschlagung der Einheit und Integrität des Landes“ gerichtete zerstörerische Aktivität angesehen.

Die massivsten Repressionen richteten sich gegen die zu Tausenden in den Gefängnissen eingesperrten Patrioten, Revolutionäre, Demokraten, Intellektuelle und Kommunisten. In den Gefängnissen wurden sämtliche Werte, die im Namen der Menschlichkeit existierten, mit Füßen getreten. Die Ausnahmezustandsgerichte des Militärputschs haben die unter Folterverhören erzwungenen Aussagen in sämtlichen Prozessen als unverzichtbare Beweismittel verwertet. Die von den Ausnahmezustandsgerichten erlassenen Urteile führten nicht nur dazu, dass Hunderte von Revolutionären ungerechtfertigt in den Gefängnissen eingesperrt wurden. Vielmehr wirkten diese Urteile wie eine Hypothek, mit der ihre künftigen Lebensabschnitte belastet wurden. Wenn gegen die einzelnen Betroffenen später neue Verfahren geführt wurden, so haben die Gerichte auf die jeweiligen Urteile der Ausnahmezustandsgerichte Bezug genommen. Selbstverständlich waren die Verheerungen des 12. Septembers nicht nur hierauf beschränkt.

Mit der Repressionspolitik wurde im Land regelrecht eine Wüstenstille geschaffen. Während dieser Stille haben die kollaborierenden Großbourgeoise und Großgrundbesitzer ihren Reichtum vermehrt. Die vom Internationalen Währungsfond (IWF), der internationalen Organisation der imperialistischen Monopole, verordneten ökonomischen Rezepte wurden erbarmungslos umgesetzt. Unter der Bezeichnung „freie Marktwirtschaft“ wurde für jede Art des Diebstahls, der Korruption und der Morallosigkeit eine sie legitimierende Grundlage geschaffen. Der damalige Premierminister und spätere Staatspräsident Turgut Özal hat diese Verderbtheit und den Verfall unumwunden in seiner Formulierung „Mein Bürger weiß sich zu helfen“ zum

Ausdruck gebracht. Der heute im Palast lebende Erdoğan und seine Bande führen diese „Weiß sich zu helfen“-Philosophie des Diebstahls und des moralischen Verfalls fort. Wir können bedenkenlos Folgendes sagen: Der größte Schaden, den die Militärjunta des 12. Septembers angerichtet hat, sind die im geistigen und ethischen Bereich erfolgten Zerstörungen, von denen auch die mittellosen Bevölkerungsschichten in erheblichem Maße erfasst sind. Die Verwüstungen in geistiger Hinsicht haben an der Front der Werktätigen das Bewusstsein für die Einforderung von Rechten und das Einstehens für diese geschwächt. Sowohl auf der Ebene des Denkens als auch in praktischer Hinsicht wurde das Solidaritätsgefühl der Unterdrückten vernichtet. Es entstand eine egoistische, individualistische und in bedeutendem Maße unter den Einfluss des religiös Reaktionären geratene gesellschaftliche Realität. Dass die Gleichgültigkeit, dem gerechtfertigten und legitimen Kampf der Kurden gegenüber derartige Dimensionen erreicht hat, steht im Zusammenhang mit dieser - auch die breiten Massen der Werktätigen beeinflussenden - Denkweise. Der Verfall im System hat auch bei einem erheblichen Teil der Massen das Denken gelähmt.

Obwohl inzwischen sechszwanzig Jahre vergangen sind, dauern die Maßnahmen des faschistischen Militärputsches vom 12. Septembers im Wesentlichen an. Denn die Türkei wird nach wie vor nach der von den Putschisten des 12. September im Jahre 1982 verabschiedeten Verfassung regiert. Erdoğan und seine Bande haben aufgrund der ihnen durch diese Verfassung verliehenen Macht die Mehrheit im Parlament. Mit der ihm durch diese Verfassung verliehenen Macht übt er gegen alle oppositionellen und alternativen Kräfte Staatsterror aus. Dieser heuchlerische Betrüger und Repräsentant des türkischen Staates prangert während der Wahlkampagnen auf den Kundgebungen alle Staatsstreich an, vor allem den Militärputsch vom 12. September, und behauptet sogar, gegen die Putsche anzukämpfen. Dabei regiert er seit annähernd 15 Jahren das Land mit diesen Gesetzen. Mit der ihm durch diese Gesetze verliehenen Macht hat er sein eigenes bürgerliches Parlament seiner Funktion beraubt und verwaltet alles vom Palast aus. Die Gesinnung der Alleinherrschaft ist heute mit dem Palast vereint. Natürlich handelt es sich bei dieser praktizierten Politik um eine Staatspolitik.

Wenn wir die Anklage und die sonstigen uns betreffenden Unterlagen anschauen, stellen wir fest, dass die Bundesanwaltschaft sich überhaupt nicht mit den Ursachen des Problems befasst. Ausgehend von einigen Ergebnissen werden Vorwürfe erhoben, um ein Strafverfahren begründen zu können: Beispielweise spricht die Bundesanwaltschaft ständig von „ausländischer terroristischer Vereinigung“, ist aber nicht in der Lage von dem ausländischen Staatsterror zu sprechen. Wir sind seit Jahren diesem staatlichen Terror ausgesetzt, man verschließt aber die Ohren vor unserem Aufschrei. Wir möchten berechtigterweise fragen: Denken Sie nicht daran, anstatt gegen uns, gegen Tayyip Erdoğan, den Repräsentanten und Ausführenden des Staatsterrors in der Türkei, der heute für seine Korruption und seine Mordtaten bekannt ist und der von einer deutschen Zeitung zu Neujahr als einer der drei gefährlichsten Politiker der Zukunft eingestuft wurde, ein Strafverfahren einzuleiten? Das heißt, haben Sie die Absicht den ausländischen Staatsterror abzuurteilen? Oder erlauben das Ihre staatlichen Interessen etwa nicht? Wie es aussieht, wohnen Sie im gleichen Haus, nur die Wohnungsnummer ist eine andere.

Es ist eine Tatsache, dass diejenigen, die von der Unabhängigkeit der Justiz sprechen, sich auf den Weg zur Anwendung des wirklichen Rechts in dem Moment begeben, in welchem sie sich ein Gerichtsverfahren gegen den praktizierten Staatsterror vorstellen können. Wenn von Zeit zu Zeit solche Prozesse auf internationaler Ebene auf die Tagesordnung kommen, hängt dies ausschließlich mit den jeweils aktuellen Beziehungen und der aktuellen Interessenslage zusammen.

Sämtliche vorliegenden Erkenntnisse und Daten über Menschenrechtsverletzungen, Arbeitermorde, Frauenmorde, Arbeitslosigkeit und sonstige Problematiken in der Türkei sind konkrete Beweise dafür, dass wir einen gerechtfertigten und legitimen Kampf führen.

Bei „Arbeitsunfällen“ haben im Jahr 2011 1700 Arbeiter, im Jahr 2012 878 Arbeiter, im Jahr 2013 1235 Arbeiter, im Jahr 2014 1886 Arbeiter sowie im ersten Halbjahr 2015 794 Arbeiter ihr Leben verloren. Jedoch handelt es sich bei diesen Todesfällen nicht um Unfälle, sondern um Mordfälle, da die Arbeiter ohne Arbeitsschutz und ohne Rücksicht auf ihre Gesundheit beschäftigt werden. Außerdem passieren in einem Land, in dem ein System von Leiharbeiterschaft und Subunternehmertum verankert ist, derartige Morde zwangsläufig. Das Problem besteht auch nicht allein in dem Mangel an Arbeitsschutz. Armut und Elend gehören zum alltäglichen Leben in einem Land, in dem der Mindestlohn 290,00 € beträgt. Das ist die Realität in der Türkei. Die auf dem Papier wieder existierenden gewerkschaftlichen Rechte und Freiheiten haben in der gesellschaftlichen Praxis keine Funktion. Unabhängig davon, ob die Gesellschaft organisiert ist oder nicht, wenn sie Rechte einfordert ist sie nicht erwünscht. Vielmehr wird mit antidemokratischen Gesetzen und maßlosem Staatsterror das Konzept einer „gehorsamen Gesellschaft“ umgesetzt.

Was die Frauenmorde angeht, so wurden im Jahr 2011 257 Frauen, im Jahr 2012 165 Frauen, im Jahr 2013 214 Frauen, im Jahr 2014 281 Frauen und im Jahr 2015 bis August 160 Frauen ermordet. Insgesamt wurden im genannten Zeitraum 1077 Frauen ermordet. Diese Zahl beinhaltet nicht die politischen Morde an Frauen. Insbesondere ab Ende 2015 und Anfang 2016 wurden in den kurdischen Städten zahlreiche Revolutionärinnen durch militaristische Kräfte ermordet. Darüber hinaus wurden zahlreiche in dem Kampfgebiet lebende kurdische Frauen aufgrund des maßlosen Staatsterrors erschossen. Des Weiteren kommt es häufig während des Gewahrsams zu sexuellen Übergriffen und Vergewaltigungen. Zweifellos beruhen all diese Angriffe auf die Frauen auf einer patriarchalischen Mentalität. Wenn jedoch die ideologischen und wirtschaftlichen Gründe, die dieser konterrevolutionären Praxis zugrunde liegen, nicht erkannt werden, können auch keine Methoden zu ihrer Verhinderung entwickelt werden.

Mit der Vertiefung der Auswirkungen der religiösen und politischen Reaktion auf die Gesellschaft sowie der Zunahme der durch die Wirtschaftskrise bedingten Armut und des Elends steigen auch die Anzahl der Morde an Frauen.

Der Wirkungskreis der Frauen im sozialen Leben wird zunehmend eingeengt. Vor allem in den im Verhältnis zum Imperialismus im halbkolonialen Zustand befindlichen Ländern werden derartige Übergriffe auf Frauen noch brutaler durchgeführt.

Hinsichtlich der Kindermorde ist festzustellen, dass im Jahr 2011 31 Kinder, im Jahr 2012 20 Kinder, im Jahr 2013 1 Kind, im Jahr 2014 4 Kinder und 2015 innerhalb der ersten Jahreshälfte 19 Kinder getötet wurden. Insgesamt wurden in dem genannten Zeitraum 75 Kinder ermordet. Mit der Zunahme des Staatsterrors in den kurdischen Siedlungsgebieten seit Ende 2015 hat sich die Zahl der ermordeten Kinder ständig erhöht. Das nachfolgend angeführte Beispiel verdeutlicht die Dimension des in der Türkei und insbesondere in den kurdischen Städten herrschenden Staatsterrors.

In der Stadt Cizre musste während des verhängten Ausgangsverbots der Leichnam eines von der Polizei umgebrachten Kindes im Kühlschrank aufbewahrt werden. Die Mutter des getöteten Kindes begab sich mit einer weißen Fahne auf die Straße, um sich um die Beerdigung ihres Kindes zu kümmern. Wer auf die Straße geht, stirbt, auch wenn es Kinder oder Frauen sind – der aktivste Vertreter dieser Tötungsgesinnung ist der an der Spitze des Staates stehende Tayyip Erdoğan.

Wir, Sozialisten und Revolutionäre, sind nicht der Auffassung, dass Widerstand gegen unmenschliche staatliche Maßnahmen eine Straftat darstellt. Ganz im Gegenteil, dies ist eine ethische und revolutionäre Pflicht. In einem solchen Land ist man entweder für oder gegen Despotismus. Wir waren schon immer gegen die Unterdrückung, Ausbeutung und Despotismus. Wir werden es auch weiterhin sein. Mehr noch, in einem Land wie diesem führt der Weg zum Menschlichen über das revolutionär werden, so dass das revolutionär sein zu einer Lebensweise wird.

Und das ist auch der Grund, warum wir heute hier vor Gericht stehen. Wir sind also hier, weil wir die in unserem Land regierenden Diebe als Diebe und die Mörder als Mörder bezeichnet haben. Wir sind hier, weil wir gegen den faschistischen türkischen Staat, der ohne Rücksicht auf Frauen, Jugendliche, Kinder und Alte - insbesondere in dem kurdischen Gebiet - tagtäglich mordet und Menschen ohne Gerichtsverfahren hinrichtet, gekämpft haben. Wir sind hier vor Gericht, weil wir die Ansicht vertreten, dass der Kampf gegen imperialistische Besatzungen und unberechtigte Kriegshetze ein gerechter und legitimer Kampf ist. Wir sind hier, weil wir für die nationalen und demokratischen Rechte sowie die Glaubens- und Gewissensfreiheit aller Minderheitennationalitäten und Glaubensgemeinschaften, insbesondere für das Selbstbestimmungsrecht der kurdischen Nation, eintreten. Und wir erklären ganz offen Folgendes: Isolationszellen und Verurteilungen konnten noch nie Sozialisten und Revolutionäre daran hindern, die an den unterdrückten Völkern und Nationen, allen voran gegen die Arbeiterklasse, begangenen Verbrechen zur Sprache zu bringen und dagegen Widerstand zu leisten. Die Urteile, die Sie gegen uns fällen werden, reichen nicht aus und werden nicht ausreichen, um die Verbrechen der wahren Schuldigen, der Imperialisten und ihrer Mittäter, zu verdecken. Diese werden früher oder später gegenüber der gesamten fortschrittlichen Menschheit, vor allem gegenüber dem internationalen Proletariat, für die von ihnen an den unterdrückten Völkern verübten Verbrechen Rechenschaft ablegen.

Diejenigen, die daran Zweifel haben, mögen in die Geschichte blicken.

ALLE ARBEITER UND UNTERDRÜCKTEN VÖLKER DER WELT VEREINIGT EUCH!

Für uns ist die Welt die Heimat und überall wo es Ausbeutung und Grausamkeit gibt ist Widerstand ein Recht. Aus diesem Verständnis heraus haben wir Sozialisten uns in der Türkei dem Kampf unseres werktätigen Volkes für Demokratie, Unabhängigkeit und Sozialismus angeschlossen. Aus diesem Grund sind wir monatelang gefoltert worden. Wir haben einen großen Teil unseres Lebens in den Gefängnissen der Türkei verbracht. Nachdem wir aus dem Gefängnis heraus waren, mussten wir aufgrund der Verfolgung, der wir weiterhin ausgesetzt waren, unseren Boden, auf dem wir geboren und aufgewachsen sind, verlassen. Aufgrund von Rechten, die aus internationalen Verträgen resultieren haben wir in verschiedenen Ländern Westeuropas Asylanträge gestellt. Dass diesen Anträgen entsprochen wurde hieß auch die Grausamkeit, die wir erfahren hatten und den Umstand, dass unser Leben auf dem türkischen Boden in Gefahr war, anzuerkennen.

Aber wenn es um imperialistische Interessen geht, wird die Wahrheit, statt sie zu respektieren, bekämpft. Wir wissen, dass dies der Ausfluss der Klassenhaltung ist. Es ist das unausweichliche Ergebnis des andauernden Kampfes zwischen den Unterdrückern und Unterdrückten. Das gegen uns geführte Verfahren zeigt, dass es der gerechte und legitime Kampf der unterdrückten Völker ist, den man eigentlich vor Gericht zu stellen versucht. Aus historischen Erfahrungen wissen wir, dass sich die Imperialisten und ihre Kollaborateure im gleichen Sumpf vermehren. Die kommunistischen, revolutionären und patriotischen Kräfte, die, wo auch immer sie auf der Welt leben, versuchen diesen Sumpf auszutrocknen, stellen für sie Feinde dar, die sie verhaften und vernichten müssen. Daher ist es auch in keiner Weise überraschend, dass die deutsche imperialistische Bourgeoisie Revolutionäre aus der Türkei und aus Türkei-Kurdistan inhaftiert, dass der faschistische türkische Staat die warme Freundschaft von Angela Merkel zu spüren bekommt, während er Türkei-Kurdistan in ein Meer aus Blut verwandelt. Dies ist die konterrevolutionäre Solidarität der imperialistischen Bourgeoisie und ihrer Knechte.

Europäische Genossen! Revolutionäre und alle fortschrittliche Kräfte, die für demokratische Rechte und Freiheiten kämpfen!

Die Angriffe der Imperialisten und der Reaktionäre dieser Welt sind offensichtlich. Wir haben zahllose Beispiele aus der Geschichte gelesen, sind selbst Zeugen geworden und werden es auch weiterhin sein. Gleichzeitig wird der gemeinsame Widerstand der unterdrückten Völker und zuvörderst der der Kommunisten gegen all diese Angriffe, wie eine Fahne im Gedächtnis hochgehalten und auf den Seiten der Geschichtsbücher niedergelegt. Heute stehen wir wieder vor solch einer historischen Aufgabe. Wenn die Angriffe der Imperialisten und Reaktionäre keine Grenzen kennen, dann sollte auch unser Widerstand keine Grenzen kennen.

Wir müssen uns gegen die Imperialisten und Reaktionäre dieser Welt vereinigen. Eine Welt in der alle Völker in Frieden brüderlich und schwesterlich zusammenleben können ist nur möglich, wenn der Imperialismus und die Reaktionäre dieser Welt von der Bühne der Geschichte abtreten.

Alle Werktätigen, zuvörderst die Arbeitklassen aller europäischen Länder! Der Nahe Osten und dessen benachbarte Regionen vor eurer Tür, stehen vor einer Zerstörung ungeahnten Ausmaßes. Die Ursache dieser Zerstörung sind die Imperialisten. Die Hauptverantwortlichen für die Entstehung des IS und anderer religiöser konterrevolutionärer Kräfte sind die imperialistischen Bourgeoisien. Ihre grenzenlose Ausbeutung und ihre Gier haben große Armut über dieses Gebiet gebracht. Diese konterrevolutionären Organisationen, die sich aus einer Mentalität der Dunkelheit des Mittelalters speisen, ziehen aus der Zerstörung, die durch Armut und Ohnmacht geschaffen worden sind, ihre Kräfte. Die Besetzung von Afghanistan und dem Irak hat für das, was heute entstanden ist, den Boden bereitet. Diese Wahrheit müssen wir erkennen. Heute müssen wir noch mehr die Brüderlichkeit und die Solidarität mit den muslimischen Völkern verteidigen. Gegenüber jeder rassistisch-faschistischen Bewegung und gegen die imperialistische Aggression sollten wir noch nachdrücklicher die Parole „Alle Arbeiter und unterdrückten Völker der Welt Vereinigt euch“ rufen.

Alle unterdrückten Völker sind Brüder, welcher Religion oder Nationalität sie auch angehören mögen. Heute sind wir damit konfrontiert, dass die imperialistischen Mächte uns auf der Grundlage von Religion, Konfessionen und Regionen versuchen zu spalten und anzufeinden. Dies dürfen wir nicht zulassen. So wie wir uns gegen die Bombenanschläge der kontrarevolutionären IS-Bande in Paris und Belgien wehren, sollten wir uns auch gegen die Bombardierung von Syrien und Irak durch die imperialistischen Kräfte unter der US-Führung wehren. Für die Vernichtung von Städten und Bezirken kann es keine vernünftige Erklärung geben. Vergesst nicht, dass der Hauptgrund, dass Hunderttausende von Flüchtlingen vor eurer Tür Zuflucht suchen, das natürliche Ergebnis der Armut und Zerstörung ist, welche die Imperialisten in diesen Ländern verursacht haben. Daher ist es vor allem die Aufgabe der fortschrittlichen Kräfte und der Werktätigen aus Europa, sich gegen alle Angriffe auf Flüchtlinge zu stellen.

Juli 2016
Müslüm Elma

Inhalt

Ibrahim Kaypakkaya wurde durch Folter ermordet!

Der Sophismus vom „Morden als Ziel“

Vorwurf der „Ausländischen Terrororganisation“

Das Märchen von der unabhängigen Justiz

Einige Worte zu den Innenraumüberwachungen

Das gegen uns geführte Verfahren ist ein Geschenk an den faschistischen türkischen Staat

Imperialismus und der Nahe Osten

Gegen die Flüchtlinge werden Mauern gebaut

Die „braven“ Kinder des imperialistisch-kapitalistischen Systems

Rechte begehen keine Morde

Die Kurdenfrage

Der Charakter des türkischen Staates macht den revolutionären Kampf unabdingbar

Alle Arbeiter und unterdrückten Völker der Welt vereinigt Euch!